

in meiner Person liegt da kein Hindernis. Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir uns vornehmen, im Durchschnitt jeden Monat mindestens eine Vorstandssitzung abzuhalten. (*Starker Beifall.*)

Die nächste Vorstandssitzung wird voraussichtlich sein am 24. oder 25. November. Sie kriegen sehr bald Nachricht. Vorher findet noch die kleinere Sitzung statt.

Nun haben einige Herren Landesvorsitzenden mit mir gesprochen. Sie haben es schmerzlich empfunden, daß es abgelehnt worden ist, sie zu der Besprechung heranzuziehen. Der Beschluß liegt vor. Die Zusammensetzung des Gremiums hat sich in der Zwischenzeit dadurch, daß eine Reihe von Herren weggegangen sind, geändert, und wir können nicht noch einmal abstimmen. Aber meine Herren Landesvorsitzenden, wenn Sie Bedenken haben gegen die Grundkonzeption des Antrages Dufhues oder Bedenken gegen einzelne Persönlichkeiten haben und glauben, bessere Vorschläge machen zu können, dann teilen Sie mir das bitte mit. Ich werde diese Briefe zur Kenntnis der Herren bringen. Es ist mir sogar lieb, wenn Sie – wenn es sich um personelle Dinge handelt – andere geeignetere Namen nennen können, daß das zuerst in einem kleineren Kreis besprochen wird, damit nicht in einem so großen Gremium über Personen gesprochen wird. (*Scheufelen: Man muß über den Antrag Dufhues und den Antrag von Hassel beraten!*) Ja, zuerst über das Prinzip und dann über die Personen. Damit darf ich wohl die Sitzung schließen.

11

Bonn, 25. November 1959

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Blank, Blumenfeld, Frau Brauksiepe, von Brentano, Dufhues, Etzel, Fay, Gerstenmaier, Gurk, von Hassel, Johnen, Kraske, Krone, Lemmer, Lücke, Meyers, [Müllenbach], Röder, Scheufelen, Schröder, Stoltenberg, Wuermeling, Zimmer.

Beratung und Beschlußfassung über die Vorschläge des geschäftsführenden Vorstandes zur Aktivierung der Bundespartei. Neukonstituierung der Fachausschüsse. Verschiedenes: Wahl eines Bundesschatzmeisters für die Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1960; Flaggenfrage; Lebensmittelpreise.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 14.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es wäre gut, wenn wir bald begännen. Wir sind alle knapp in unserer Zeit. Sie werden sicher auch den Wunsch haben, das eine oder

andere noch zu hören, was mich augenblicklich bewegt. Ich nenne die Teuerung¹, den Rundfunkstreit, die außenpolitische Situation und die sozialdemokratische Entwicklung. Die letzten Untersuchungsergebnisse der Institute EMNID und Allensbach zeigen, daß die Sozialdemokratie uns in der Bewertung der Stimmen erreicht hat.² Ich ziehe daraus den Schluß, daß ich gar nicht unzufrieden damit bin; denn als wir in den Monaten Juli und August einen großen Vorsprung hatten – das habe ich auch zum Ausdruck gebracht –, habe ich doch gefürchtet, daß sich unsere Leute in ihrer Siegesgewißheit etwas einlullen würden. Demgegenüber halte ich die Bundestagswahl im Jahre 1961 nicht nur für entscheidend, sondern auch für sehr schwer.

Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir beim ersten Punkt der Tagesordnung nicht zuviel reden. Sie können ja Gegenvorschläge machen. Wir sollten also nicht zuviel reden, damit wir etwas Zeit haben für die anderen Dinge. Ich muß Sie bitten, mich um halb 2 Uhr von hier zu entlassen; denn ich habe sehr viel zu tun jetzt. Dieser Flaggenstreit, den wir mit den Sportlern haben³, raubt einem gerade jetzt in diesem Augenblick, wo wir mit der Vorbereitung der Konferenzen zu tun haben, die Zeit. Ich fahre am Dienstag nach Paris. Dazu kommt noch ein Streit zwischen Herrn Balke und EURATOM⁴, den wir morgen im Kabinett auch erledigen müssen. Ich bitte Sie, deshalb zu verstehen, wenn ich mich kurz fasse.

Es haben sich für heute folgende Damen und Herren entschuldigt: Bitter, Erhard, Noltenius. – Herr Noltenius hat wahrscheinlich damit zu tun, die Koalition in Bremen

-
- 1 Der Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet erhöhte sich von September auf Oktober 1959 um 1,1 %. Dies war vor allem bedingt durch Preissteigerungen in den Bedarfsgruppen Ernährung (1,9 %), Heizung und Beleuchtung (0,6 %) und Bekleidung (0,7 %). Vgl. BULLETIN Nr. 212 vom 13. November 1959 S. 2168, Nr. 220 vom 27. November 1959 S. 2253. Zur wesentlich geringeren bzw. saisonal bedingten Teuerung in den Vormonaten vgl. EBD. Nr. 120 vom 8. Juli 1959 S. 1231, Nr. 123 vom 11. Juli 1959 S. 1264, Nr. 143 vom 8. August 1959 S. 1464, Nr. 166 vom 10. September 1959 S. 1655.
 - 2 Im Oktober 1959 kamen CDU/CSU auf 44 %, SPD auf 43 % bei der Frage: „Können Sie uns sagen, welche Partei Ihren Ansichten am nächsten steht?“ Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964 S. 423, 429–449.
 - 3 Streit über die Flagge der gesamtdeutschen Mannschaft für die Olympischen Sommerspiele in Rom 1960, der nach der Einfügung von Hammer und Zirkel in die schwarz-rot-goldene DDR-Staatsflagge (Gesetz vom 1. Oktober 1959, AdG 1959 S. 7985) entstanden war. Vgl. Presseauszüge in UiD Nr. 47 vom 26. November 1959 S. 3; BULLETIN vom 21. November 1959 S. 2208, vom 28. November 1959 S. 2255.
 - 4 Bei prinzipieller Bereitschaft, sich am EURATOM/US-Kernkraftwerkprogramm zu beteiligen, gab es auf deutscher Seite technische Bedenken (vgl. ACDP I-175-008/1). – Prof. Siegfried Balke (1902–1984), 1957–1962 MdB (CDU), 1956–1957 Bundesminister für Atomfragen, 1957–1962 für Kernenergie und Wasserwirtschaft.

in Ordnung zu bringen⁵; eine Koalition, die ich geradezu für ein Unglück halte und die mir völlig unverständlich ist. Ich habe das seinerzeit dem Herrn Nolteneus, als er mich besuchte, auch gesagt, aber ich merkte ihm an, daß er mir nur theoretisch recht gab, nicht in der Praxis. – Rehling, Fricke, Gradl, Jochmus, Kaiser, Adorno, Bauknecht und Lindrath⁶. (*Von Hassel*: Herr Osterloh ist in Amerika!) Die Hälfte von ihm ist in Amerika; aber das ist nichts Besonderes mehr. Das sind die NATO-Parlamentarier; die sind ruckweise in Amerika. Es ist ja gut, daß sie dort hinfahren.

BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE VORSCHLÄGE DES GESCHÄFTSFÜHRENDEN VORSTANDES ZUR AKTIVIERUNG DER BUNDESPARTEI.

Adenauer: Ich möchte mir gestatten, den Bericht über die politische Lage zurückzustellen, damit wir zunächst den Punkt 2 der Tagesordnung erledigen, soweit das möglich ist. Wir haben gestern eine Vorbesprechung darüber gehabt. Wir haben nun so viele Gremien, daß ich nicht weiß, welches Gremium das war. (*Krone*: Der geschäftsführende Vorstand!) War das der geschäftsführende Vorstand? Mir geht das allmählich durcheinander. Also, der geschäftsführende Vorstand war gestern zusammen. Wie das bei uns üblich ist, war nachher nur noch ein Teil der Herren anwesend, weil die anderen anderweitig beschäftigt waren. Was ich Ihnen nun vorlege, ist ziemlich einmütig angenommen worden. (*Kraske*: Soll ich es verteilen lassen?) Ja bitte!

Die Drucksache ist verteilt. Ich darf sie einmal vorlesen. Sie ist alphabetisch geordnet. Sie ersehen daraus, daß wir zu einem Teil dem Vorschlag des Herrn Dufhues gefolgt sind. Ich möchte aber noch zwei Dinge betonen, 1. daß nämlich diese Vorschläge hier im Hinblick auf die kommende Wahl gemacht worden sind, so daß das eigentlich eine Organisation zur Vorbereitung der Bundestagswahl ist. Eine endgültige Organisation braucht das nicht zu sein, sondern sie kann – je nach unseren Erfahrungen – noch geändert werden. 2. Wenn sich im Laufe der Wahlvorbereitungen die Notwendigkeit ergeben sollte, neue Gebiete in Arbeit zu nehmen, können wir das jederzeit noch tun und eine Änderung vornehmen.

Sie sehen aus den unterstrichenen Namen, daß wir bei dem engeren Vorstand geblieben sind; denn wenn wir über diesen Kreis hinausgehen, kommen wir in eine endlose Debatte und Überlegung hinein. Ich darf beginnen:

1. Bundesminister Blank: „Soziales und Arbeitnehmer“

5 1955–1959 wurde Bremen von einer Koalition aus SPD, CDU und FDP regiert. Nach den Bürgerschaftswahlen vom 11. Oktober 1959 wurde am 21. Dezember 1959 ein SPD/FDP-Senat gewählt. Vgl. FISCHER 1 S. 451–455; Handbuch der Bremischen Bürgerschaft 5. WP S. 183–185.

6 Dr. Hermann Lindrath (1896–1960), 1953–1960 MdB (CDU), 1957–1960 Bundesminister für wirtschaftlichen Besitz des Bundes. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 921 Anm. 6.

Wir werden Herrn Blank, der bis zur Wahl alle Hände voll zu tun hat mit seinem Ministerium, Hilfe geben müssen. Es war hier Herr Katzer vorgeschlagen worden. Warum Herr Katzer hier nicht steht, weiß ich nicht. Wir sind gestern etwas spät fertig geworden. Dann hat Herr Albers vorgeschlagen die Herren Mick und Hahn. Das waren die drei Namen.

Nun scheinen sich aber auf gewerkschaftlicher Seite doch Entwicklungen anzubahnen, die uns vielleicht nötigen werden, diesen Kreis der Herren zu erweitern. Es ist jetzt in den Gewerkschaftlichen Blättern – so heißen sie wohl – ein größerer Artikel von Herrn Flechtheim⁷ erschienen, in dem Herr Flechtheim – er tut das selbstverständlich nicht, ohne daß der Vorstand des DGB mit ihm übereinstimmt – propagiert, daß bei der nächsten Wahl die Gewerkschaften die Sozialdemokratie offen mit Geld unterstützen sollen. Er weist darauf hin, daß die Labour Party auch von den Gewerkschaften unterstützt wird. Wenn die Gewerkschaften jetzt so offen beschließen, die Sozialdemokratie im Wahlkampf mit Geld zu unterstützen, dann gehen sie von ihrem bisher gezeigten Standpunkt – wenigstens nach außen – der Neutralität ab. Das wird vielleicht doch dazu nötigen, und da müssen die Herren Albers, Blank und die anderen ein wachsames Auge haben, den Kreis der Mitarbeiter zu erweitern.

Wir wollen noch nicht in eine Diskussion eintreten, sondern ich mache zunächst diese Ausführungen, damit Sie einen Überblick bekommen. Dann folgt:

2. Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier: „Universitäten – Studentische Jugend – Geistige Berufe“

Sie wissen, daß das früher Herr Kiesinger übernommen hatte, aber Herr Kiesinger ist als Ministerpräsident von Baden-Württemberg nicht mehr in der Lage, diese Arbeit auf sich zu nehmen. Wir glaubten, daß Herr Gerstenmaier gerade wegen seiner Person und seiner Eigenschaften ein geeigneter Mann sei, um diese Arbeit zu übernehmen.

3. Ministerpräsident von Hassel:

- a) „Wahlen“: Dr. Heck, Dr. Nahm
- b) „Landwirtschaft“: Richarts, Niermann
- c) „Vertriebene und Flüchtlinge“

Bei den Wahlen sollen ihm also helfen Herr Heck, der ehemalige Bundesgeschäftsführer – ich möchte gleich einige Worte über die Arbeit des Bundesgeschäftsführers sagen – und Herr Nahm.

Bei der Landwirtschaft sind wir gestern nach langer Unterhaltung dazu gekommen, Ihnen vorzuschlagen – mit keinem der Herren ist notabene bisher gesprochen worden – als Mitarbeiter Herrn Richarts aus Rheinland-Pfalz, über den Herr Ministerpräsident Altmeier am besten Auskunft geben kann, und Herrn Niermann, der

⁷ Dr. Ossip K. Flechtheim (geb. 1909), Politik- und Sozialwissenschaftler, 1952–1959 Professor an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, 1959–1974 ordentlicher Professor für Politische Wissenschaften an der FU Berlin (Otto-Suhr-Institut); 1927 KPD, 1952–1962 SPD, 1980 GRÜNE. – Sein Artikel: Gewerkschaften und Parteienfinanzierung. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 10 (1959) S. 583–586, insbes. S. 585f.

Landwirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen ist, über den Herr Ministerpräsident Meyers nicht nur Auskunft geben kann, sondern der auch weithin bekannt ist als ein sehr tüchtiger Mann, der in landwirtschaftlichen Kreisen ein großes Ansehen genießt.

Dann hat Herr Ministerpräsident von Hassel, dem ich dafür noch besonders danken möchte, sich gestern bereit erklärt, den Kontakt mit den Vertriebenen und Flüchtlingen zu halten. Er hat während der ganzen Zeit als Ministerpräsident des Landes, das am meisten mit den Flüchtlingen und Vertriebenen zu tun gehabt hat, diesen Kontakt gepflegt und ist wohl ein besonders geeigneter Mann dafür.

4. Dr. Krone:

a) „Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion“: Rasner, Rösing

b) „Katholische Verbände“: Dr. Barzel

Ich würde mir erlauben, hier noch zu sagen: zwischen Partei und Fraktion und Bundesregierung; denn schließlich ist die Bundesregierung auch noch irgendwo in der Welt! Warum ist das gestern gestrichen worden, Herr Kraske? – Aber lassen wir es zunächst; ich will fortfahren.

5. Ministerpräsident Kiesinger:

a) „Jugend“: Stoltenberg, Even

b) „Frauen“: Brauksiepe, Jochmus

Ich werde mich schwer hüten, bei den Frauen zu sagen: helfen. Sie sollen das Heft in die Hand nehmen! Ich sage das nicht wegen Herrn Kiesinger. Er weiß mit Damen gut umzugehen, und er macht auch auf Damen einen ausgezeichneten Eindruck, aber Herr Kiesinger ist Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Dort sind Wahlen im Mai des kommenden Jahres.⁸ Wir hoffen alle, daß er wieder gewählt wird. Aber dann wird er auch alle Hände voll zu tun haben, so daß er sich den Frauen nicht so widmen kann. Ich hoffe also, Frau Brauksiepe und Frau Jochmus werden ihm seine Arbeit erleichtern.

6. Ministerpräsident Dr. Meyers: „Organisation – Werbung – Propaganda“

Herr Ministerpräsident Meyers hat sich dazu bereit erklärt. Ich darf sagen, Herr Meyers, was Sie dazu ausgeführt haben: Ich werde versuchen, ob ich es leisten kann. (Meyers: Ja!) Das ist eine sehr wichtige Aufgabe. Ich brauche kein Wort darüber zu sagen, daß Herr Meyers, bevor er Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen wurde, ein guter Kenner unserer gesamten Organisation im Lande geworden ist und daraus zahlreiche persönliche Verbindungen angeknüpft hat. Wir wissen, daß die Organisation unserer stark föderalistischen und noch stärker eigenwilligen Partei doch sehr stark beruht auf den persönlichen Verbindungen. Sie kennen auch sein im allgemeinen verbindliches und freundliches Wesen. (Heiterkeit. – Bewegung. – Zuruf: Im allgemeinen ist gut!) Ja, meine Herren, kein Mensch ist vollkommen; auch nicht Herr Meyers ist vollkommen. Keiner von uns ist vollkommen. Deswegen gestatten

⁸ Am 15. Mai 1960.

Sie mir die Zwischenbemerkung. Ich habe die Hoffnung, daß er sich der Sache ganz widmen kann. Das wäre für uns außerordentlich wertvoll.

7. Bundesminister Dr. Schröder:

a) „Wirtschafts- und Berufsverbände“: Professor Burgbacher

b) „Evangelische Verbände“

c) „Sport“: Zeuner⁹

Bei den Wirtschafts- und Berufsverbänden soll ihn Herr Professor Burgbacher, der übrigens auch in Amerika ist, unterstützen. Für die evangelischen Verbände wird Herr Schröder noch einen Mann, der ihm helfen soll, vorschlagen. Beim Sport glaubten wir, Ihnen den Herrn Zeuner empfehlen zu sollen. Der größte Teil von Ihnen wird ihn kennen. Er kommt aus Oberwesel. Er ist das einzige CDU-Mitglied, das im Vorstand des Deutschen Sportbundes ist. (*Kraske*: Im Präsidium des Sportbundes!) Er ist damit der gegebene Verbindungsmann.

Das sind die Vorschläge. Wir haben uns bemüht, nach Möglichkeit objektiv das Beste für die Sache zu finden. Ich bitte Sie, auch unter diesem Gesichtspunkt an die Kritik dieser Vorschläge jetzt heranzugehen. Das Wort hat Herr Albers.

Albers: Der Herr Bundeskanzler hat einleitend auf das Godesberger Programm der SPD verwiesen.

Adenauer: Das habe ich nicht getan! (*Albers*: Dann habe ich mich verhöhrt. Ich sitze hier etwas abseits, und weil mein linkes Ohr bei den Nazis kaputtgegangen ist, kann ich nicht gut hören!) Gott sei Dank, daß es das linke Ohr war! (*Albers*: Jetzt höre ich aber rechts!) Herr Albers! Damit Sie mich richtig verstehen, bitte ich Sie, mir Ihr rechtes Ohr zuzuwenden. Und nun wiederhole ich, was ich gesagt habe.

Ich habe in den Gewerkschaftlichen Monatsblättern – oder wie sie heißen – einen Artikel von Herrn Flechtheim gelesen, in dem er propagiert, daß der DGB bei der nächsten Bundestagswahl die Sozialdemokratie mit Geldmitteln unterstützen solle, wobei er darauf hingewiesen hat, daß auch die Labour Party in Großbritannien von den Gewerkschaften finanziert würde. Ich habe gesagt, ein derart offenes Bekenntnis des DGB zur SPD steht im Widerspruch zu seiner bisherigen angeblich neutralen Haltung. Das kann unter den Arbeitnehmern, die zu uns halten, gewisse Wirkungen haben, die wir noch nicht voraussehen können. Demnach muß der Kreis, der von Ihnen benannt worden ist, ergänzt werden.

Albers: Einverstanden! Noch ein Wort dazu! Ich habe gestern ein sehr ernstes Gespräch mit den Herren Richter und Rosenberg über die Frage der künftigen politischen Entwicklung des DGB geführt. Dabei ist denen gar nichts geschenkt worden von mir. Ich habe auf den Artikel hingewiesen. Die Herren wissen genau, wenn sie eine derartige Politik machen, daß sie dann nicht nur mit dem Widerspruch

⁹ August Zeuner (1913–1976), 1946 CDU, 1949–1971 Stadt-, Amts- bzw. Verbandsbürgermeister in Oberwesel, 1950–1971 Vorsitzender des Sportbundes Rheinland, des Landessportbundes Rheinland-Pfalz und Präsidiumsmitglied des deutschen Sportbundes; 1975–1976 MdL Rheinland-Pfalz.

der mehr als 2¹/₂ Millionen Christen im DGB, sondern auch noch mit anderen Fakten in organisatorischer Hinsicht rechnen müssen. Ich will nicht auf das Gespräch im einzelnen eingehen. Ich werde im Dezember mit Ihnen über die ganze Frage noch sprechen. Ich nehme Ihren Vorschlag jetzt unter der Voraussetzung auf, daß diese Empfehlung unter Nr. 1 nach der praktischen Seite hier und dort ergänzt wird.

Adenauer: Es ist klar, daß Ergänzungen, namentlich dann, wenn entsprechende Entwicklungen stattfinden, erfolgen müssen. Ich möchte betonen, daß natürlich auch bei den anderen Gebieten, je nach der Entwicklung hier oder dort oder wenn einer durch Krankheit wegfällt, Ergänzungen durch den Bundesvorstand beschlossen werden können.

Darf ich um Wortmeldungen bitten! – Das Wort hat Herr Blumenfeld.

Blumenfeld: Ich möchte fragen, ob dieser Vorschlag im wesentlichen gedacht ist für die Überleitung bis zum Parteitag in Karlsruhe, oder ist er schon gedacht für die endgültigen Beschlüsse, die auf dem Parteitag zu fassen sind? Sie haben selber immer die Unterteilung gemacht, es müsse etwas geschehen von jetzt ab bis zum Parteitag in Karlsruhe. Für Karlsruhe haben wir gewisse Vorstellungen hinsichtlich der Satzungsänderung, der Konzentration und der Neuwahlen.

Adenauer: Der Parteitag ist souverän! Der Parteitag kann machen, was er will. Das ist ganz selbstverständlich. Ich habe betont, daß diese Vorschläge in erster Linie unter dem Gesichtspunkt gefaßt worden sind, daß wir an die Vorbereitungen der Bundestagswahlen im Jahre 1961 herangehen müssen. Wir haben jetzt Ende November. Die Bundestagswahl ist Mitte September 1961. Die Wahl ist entschieden Mitte August 1961. (*Von Hassel:* Im Frühjahr 1961!) Soweit will ich nicht gehen, Herr von Hassel! Rauben Sie uns nicht den Mut! Aber wir können vorsichtig sagen: Mitte August 1961 steht die Wahl im Grunde genommen fest, wenn die Ferien beginnen. Wir haben also keine Zeit zu verlieren. Wir haben nun mit diesen ganzen Überlegungen eine Reihe von Wochen – vielleicht war es gut – Zeit in Anspruch genommen, aber jetzt muß endlich an die Arbeit gegangen werden.

Sollte der Bundesparteitag im Mai bezüglich der einen oder anderen Person oder auch der ganzen Konstruktion des Vorstandes andere Meinungen haben, oder sollte die Mehrheit des Parteitages andere Meinungen haben, dann muß der Parteitag darüber beschließen. Selbstverständlich muß sich jeder dem Votum des Parteitages unterwerfen.

Blumenfeld: Ich danke vielmals, daß Sie mir die Vorfrage beantwortet haben. Nun habe ich noch zwei Anmerkungen zu machen: Erstens sind wir uns in diesem Kreis und im Bundesausschuß sehr klar gewesen, daß die Institution der drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder mit dem Parteitag in Karlsruhe auslaufen sollte. Ich bitte darum, das heute noch einmal festzustellen, und zwar eindeutig. Mit der Institution meine ich nicht die einzelnen Persönlichkeiten, sondern innerhalb der Konstruktion des Bundesvorstandes diese drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder. Darüber bestand Einigkeit. Es wäre also wichtig, wenn wir das noch einmal feststellen könnten. (*Zuruf:* Warum noch einmal?) Zweitens bin

ich nicht im klaren darüber, wie wir es vermeiden wollen, daß bei einer solchen Aufgabenverteilung – die in einzelnen Punkten absolut notwendig ist für den Beginn der Arbeit, in anderen Punkten scheint es mir nicht ganz so notwendig zu sein – keine Schwierigkeiten bei der Verzahnung mit den Bundesfachausschüssen entstehen, deren Arbeit nicht nur in die Bundesebene, sondern auch in die Länderebene hineinstrahlen soll. In der Vergangenheit haben wir alle darunter leiden müssen, daß diese Bundesfachausschüsse einfach nicht haben arbeiten können, weil ihre Vorsitzenden – jedenfalls zum Teil – keinen Niederschlag im Bundesvorstand gefunden haben. (*Adenauer*: Weil sie nichts getan haben!) Es war so, daß sie keine Aufgaben bekamen und sozusagen im leeren Raum schwebten, bis auf einige. (*Adenauer*: Also doch, diese haben doch Gehör gefunden!) Das lag daran, daß sie Mitglied des Bundesvorstandes waren, aber vom Grundsatz her war es nicht so. Wir haben einen Sportausschuß. Der soll aktiviert werden. Wie sollen Herr Kiesinger oder Herr Schröder die Sache, von der Arbeit her gesehen, machen? Wie soll es Herr von Hassel machen mit der Landwirtschaft? Es ergeben sich hier eine Reihe von Fragen aufgrund der Arbeitsverteilung, die mir nicht kongruent erscheinen.

Adenauer: Halten Sie bitte auseinander die Fachausschüsse und das, was hier gemacht worden ist. Hier handelt es sich darum, die Arbeit im Bundesvorstand zu aktivieren. Mengen Sie das bitte nicht durcheinander. Es wird gleich noch in einem besonderen Punkt der Tagesordnung über die Fachausschüsse berichtet werden. Hier handelt es sich darum, daß wir der Forderung nach Aktivierung der Arbeit im Bundesvorstand stattgeben. Ich bitte Sie also, damit wir nicht in uferlose Debatten kommen, daran festzuhalten.

Ich darf Sie daran erinnern, Herr Blumenfeld, was ich eingangs gesagt habe. Wir müssen jetzt bei alledem, was wir hier beschließen, auch bei der Auswahl der Persönlichkeiten, in allererster Linie unsere Arbeit auf die Wahl im Jahre 1961 konzentrieren. Wir dürfen jetzt keine Theorien mehr machen! (*Zuruf*: Einverstanden!)

Betrachten Sie das auch bitte so, was den Parteitag angeht. Der Parteitag ist souverän; seine Mehrheit kann beschließen, was sie für richtig hält. Einstweilen mache ich mir keine großen Sorgen darüber, was er beschließen wird. Das wird sich schon finden. Wenn die Leute, die wir jetzt an die Arbeit setzen wollen, bis dahin gute Arbeit geleistet haben, dann glaube ich nicht, daß ein Parteitag im Jahre 1960 sagen wird, hier muß radikal geändert werden. Das wäre doch sehr unklug. Aber zerbrechen wir uns jetzt nicht den Kopf über den Parteitag im Jahre 1960. Es genügt, Herr Blumenfeld, wenn ich Ihnen sage, der Parteitag ist souverän und kann jederzeit mit Mehrheit alles ändern.

Von Hassel: Ein paar Bemerkungen dazu! Herr Blumenfeld! In der Ziffer 3 steht c) Vertriebene und Flüchtlinge. Ich habe gestern im geschäftsführenden Vorstand gesagt: Ich fasse die Arbeit so auf, daß es eine Selbstverständlichkeit für mich ist, mit den Herren des Landesverbandes Oder-Neiße und der Exil-CDU Kontakte zu halten, ohne daß ich damit etwa Vorsitzender eines dieser Verbände werden will oder eine Art Obervorsitz bekommen möchte. Es ist eine Selbstverständlichkeit für mich, in dieser

Funktion mit den betreffenden Herren die Verbindung zu halten, die von unseren Beschlüssen hier unterrichtet werden. Ich habe zunächst gesagt, ich hielt es nicht für erforderlich, daß ich die Aufgabe übernehme, weil wir ja praktisch schon die leitenden CDU-Leute haben, aber ich habe dann nachher hinzugefügt, um des lieben Friedens willen werde ich die Aufgabe übernehmen. Es ist eine Selbstverständlichkeit für mich, nicht nur zu den Vertriebenen, sondern auch zu den Bauernverbänden eine enge Verbindung zu halten. Bei Herrn Schröder ist es genauso. Er hält die Verbindung zum Sport. Und helfen wird ihm Herr Zeuner, der im Vorstand des Deutschen Sportbundes ist.

Ein Wort zu den Bundesfachausschüssen! Wir haben gestern darüber eingehend diskutiert. Es gibt ein paar konkrete Anhaltspunkte, wonach wir Wert darauf legen müssen, daß sich der Fachausschuß über die Frage seines Vorsitzenden sehr sorgfältig unterhält und nicht einfach sagt: Wir schlagen die Wiederwahl vor, wie das sonst üblich ist in den Reihen der CDU. Über dieses Thema wird aber nachher noch besonders gesprochen.

Herr Bundeskanzler! Sie sagen: Wir wollen abwarten, was der Bundesparteitag in Karlsruhe zu dem gesamten Organisationsbild sagen wird. – Wir haben aber an sich vom Bundesausschuß den Auftrag, für Karlsruhe eine Satzungsänderung vorzubereiten, die in zwei Richtungen geht, und zwar einmal dahin zu prüfen, ob das gegenwärtige Schema, wie es im Statut Ziffer 9¹⁰ verankert ist, richtig ist oder ob es modifiziert werden soll. Alle Herren, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben – einschließlich der drei, um die es sich dabei handelt – haben zum Ausdruck gebracht, daß in den Jahren 1950 bis 1953, als die Einrichtung der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder geschaffen wurde, eine andere Situation gewesen ist und heute im Grunde genommen dieser Auftrag von damals obsolet ist. Alle, die sich damit beschäftigt haben, sagen, man sollte beschließen, diese Institution abzubauen, wobei jeder davon überzeugt war, daß die drei Herren, die diese Ämter ausgefüllt haben, sicher als Person gewählt werden in die Funktion des Vorstandes und nachher

10 § 9 des damals geltenden Statuts besagt: „Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus: a) dem Vorsitzendem, b) den vier stellvertretenden Vorsitzenden, c) drei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern, d) dem Bundesschatzmeister, e) dem Bundesgeschäftsführer, f) dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und seinem Stellvertreter, g) dem Bundestagspräsidenten, wenn er der CDU angehört, h) den Vorsitzenden der Landesverbände und der besonderen Vertretungen, i) den Vorsitzenden der Vereinigungen der CDU, k) zehn weiteren Mitgliedern. Die CDU-Regierungschefs und Bundesminister nehmen an den Sitzungen des Bundesvorstandes teil. Die unter a) bis g) aufgeführten Vorstandsmitglieder bilden den geschäftsführenden Vorstand. Die Vorsitzenden der Landesverbände sind berechtigt, sich stimmberechtigt vertreten zu lassen. Der Vorstand kann bis zu drei Mitgliedern kooptieren.“ Druck: CDU, Statut, Geschäftsordnung, Finanzordnung, Parteigerichtsordnung 1956 S. 3f.

vermutlich – das steht im § 10¹¹ des Statuts – auch gewählt werden in den sogenannten engeren Vorstand.

Insofern, Herr Bundeskanzler, sollten wir uns heute nicht über die Fragen der Paragraphen 9 und 10 des Statuts unterhalten, aber wir sollten noch einmal daran festhalten, daß in diese beiden Richtungen die entscheidenden Überlegungen gehen. Wenn vielleicht eine andere Meinung da sein sollte, so muß das ausgesprochen werden, aber alle Herren erklärten, daß es richtig sei, die Sache so zu machen, wie sie monatelang erörtert worden ist.

Wenn ich sage, es ist heute vielleicht verfrüht, die Paragraphen 9 und 10 des Statuts im Konzept zu ändern, so liegt das daran, daß in der Zwischenzeit dem Bundestag das Parteiengesetz zugeleitet worden ist. Wenn ich richtig gehört habe, soll Anfang oder Mitte Januar die erste Lesung stattfinden. In diesem Parteiengesetz steht eine Formulierung, die für uns wesentlich ist, daß nämlich die Zahl der gewählten Mitglieder gegenüber den sogenannten Mitgliedern kraft Amtes ein entscheidendes Übergewicht haben muß. (*Schröder*: Zweidrittel zu Eindrittel!) So wird es sein. Bei den Verhandlungen im Bundestag, Herr Krone, wird man sehen müssen, was aus dieser Bestimmung wird. Man müßte eventuell unsere Freunde im Ausschuß bitten, die Behandlung dieser Bestimmungen vorzuziehen, damit man bei uns erkennt, bevor Karlsruhe startet, das Parteiengesetz wird die und die Forderungen an die Parteien für die Bestellung ihrer Vorstände stellen. Dann könnten wir zeitgerecht einen solchen Vorschlag für die beiden Paragraphen 9 und 10 einreichen.

Ich darf darum bitten, Herr Bundeskanzler – das ist gar kein Widerspruch –, daß wir nun, und zwar vorbehaltlich der endgültigen Formulierung aufgrund des Parteiengesetzes, sagen: Die Institution der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder entfällt. Die Bildung eines engeren Vorstandes wird beschlossen. Dabei muß man vielleicht im Januar sehen, wie groß etwa der engere Vorstand sein soll: 10, 15 oder 18 Mitglieder. Das ist eine Frage, über die wir uns im Januar unterhalten sollten.

Adenauer: Ich danke Herrn von Hassel sehr für seine aufklärenden Worte, aber ich muß bemerken, daß dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung steht. (*Altmeier*: Er muß aber endlich mal draufstehen!) Aber heute steht er nicht drauf. Wir haben heute noch vieles andere zu tun. (*Von Hassel*: Verzeihung, Punkt 2 der Tagesordnung!) Punkt 2 der Tagesordnung: Beratung und Beschlußfassung über die Vorschläge des geschäftsführenden Vorstandes zur Aktivierung der Bundespartei! (*Von Hassel*: Da gehört dieser Punkt hinein!) Was dem Bundesparteitag vorgelegt werden soll? (*Von Hassel*: Ja, das ist doch der Auftrag des Bundesausschusses an uns! Es ist das beschlossen worden im Bundesparteiausschuß. – *Zuruf*: Sehr richtig!)

11 § 10: „Der Bundesvorstand leitet die Bundespartei gemäß den Beschlüssen des Bundesparteitages und des Bundesausschusses. Die laufenden Arbeiten erledigt der geschäftsführende Vorstand. Der Bundesvorstand wählt den Bundesgeschäftsführer. Der Bundesgeschäftsführer leitet die Bundesgeschäftsstelle und ist dem Bundesvorstand verantwortlich.“ Ebd. S. 4.

Ich bin ja nicht dagegen, daß wir uns darüber unterhalten in einem besonderen Punkt der Tagesordnung. Meinetwegen können wir uns in der nächsten Sitzung darüber aussprechen. Was ich nur möchte, ist doch, daß wir nun einmal präzise bei der Sache bleiben. Mir liegt daran, daß wir endlich mit der Arbeit anfangen, daß also zunächst einmal die Leute, die wir hier benannt haben, ihre Arbeitsgebiete bekommen, daß sie sich ihre Mitarbeiter suchen, damit endlich die Sache losgeht. Das andere hat noch etwas Zeit. Wir haben heute den 25. November. Der Bundesparteitag ist im Mai 1960.

Scheufelen: Ich muß kurz rekapitulieren, was passiert ist. Wir haben als Bundesvorstand vom Bundesausschuß den Auftrag bekommen, Vorschläge für die Straffung der Arbeit unserer Partei zu machen. Wir haben das letzte Mal beschlossen, dem geschäftsführenden Vorstand seinerseits zu übertragen, Vorschläge zu machen. Nun bekommen wir heute den Vorschlag vom geschäftsführenden Vorstand. Daß wir ihm den Auftrag gegeben haben, uns einen Vorschlag zu machen, und das durchzuarbeiten, heißt nun nicht, daß wir nur über das diskutieren können, was dieser geschäftsführende Vorstand erarbeitet hat, aber alles andere unter den Tisch fällt. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das möchte ich zunächst einmal feststellen.

Dann möchte ich weiter sagen, ich habe es immer als unglücklich empfunden, daß man ausgerechnet dem Gremium, über dessen Arbeit man nicht zufrieden war, nun diesen Auftrag gegeben hat, Vorschläge zu machen darüber, wie man es besser machen soll. (*Bewegung.*) Das ist mit Mehrheit beschlossen worden! Und dem haben wir uns gebeugt! (*Unruhe.*) Ich möchte eines hier ganz klar festhalten, daß nämlich alles das, was wir hier tun, nur bis zum nächsten Parteitag gilt. Das enthebt uns nicht des Auftrages, den uns der Bundesausschuß gegeben hat, bis zu seiner nächsten Sitzung einen klaren Vorschlag zu machen, wie wir die Dinge weiter sehen wollen. Das möchte ich weiter feststellen!

Zur Sache möchte ich sagen, wenn ich das, was unsere Wähler und Mitglieder meinen, richtig verstanden habe, so sind sie mit der fachlichen Arbeit unserer Bundesregierung im großen und ganzen einverstanden und damit auch mit der fachlichen Arbeit, die dort Männer der CDU im Auftrag der Partei und ihrer Wähler leisten. Nicht zufrieden sind sie mit dem Maß der Konzentration und der politischen Führung! Ich hätte es deswegen lieber, und wir wären den Wünschen unserer Wähler und Mitglieder mehr entgegengekommen, wenn wir einen Vorschlag gemacht hätten, der zeigt, daß wir die Spitze konzentrieren und aktivieren wollen, aber nicht einen Vorschlag, der praktisch diese Spitze nach Fachgebieten aufgliedert und sozusagen den demokratischen Einrichtungen der Parteiausschüsse eine Ministerialbürokratie innerhalb der Partei schafft!

Aber nach Lage der Zeit kann man bis zum nächsten Parteitag nichts anderes mehr machen, da bei der Mehrheit hier kein Wille dazu besteht. Wenn wir das heute beschließen, was da vorgeschlagen wird, dann fürchte ich, daß das draußen nicht verstanden wird. (*Unruhe. – Adenauer:* Herr Scheufelen! Ich habe den letzten Satz

von Ihnen nicht verstanden!) Ich fürchte, wenn wir diesen Vorschlag heute annehmen, daß das draußen nicht verstanden wird.

Adenauer: Ja, Herr Scheufelen, nehmen Sie es mir nicht übel, aber ich weiß nicht, wie Sie sich die Parteiarbeit denn denken. Das ist mir völlig unerklärlich.

Scheufelen: Es gab zunächst einen Gegenvorschlag, der besagt hat, man schafft ein engeres Gremium aus soundso viel Herren, das – zumindest zu einem erheblichen Teil der Mitglieder – immer verfügbar ist, so daß Sie es jederzeit einberufen können. Dieses Gremium sollte den Parteiorganen in wichtigen Fragen entsprechende Anweisungen geben, z.B. wenn Differenzen zwischen dem Bund und den Ländern auftreten, die der Partei schaden, oder bei sonstigen aktuellen Fragen. Es sollte in diesen Fällen zunächst das Glied darstellen zwischen den einzelnen Organen der Partei.

Adenauer: Aber, Herr Scheufelen, das eine schließt doch das andere nicht aus. Nehmen wir an, wir hätten den geschäftsführenden Vorstand jede Woche zusammen. Je näher wir auf die Wahl zukommen, desto wahrscheinlicher wird das sein. Es sind dann wichtige Fragen zu beraten. Mir schwebt vor das Parteiengesetz, die Frage der Parteifinanzierung durch den Staat, das Wahlgesetz usw.¹² Dazu brauchen wir natürlich ein engeres politisches Gremium, in dem man das Für und Wider sorgfältig überlegen muß.

Aber was Ihnen hier vorgeschlagen wird, diese Männer und Frauen sind doch dafür da, um erstens das, was bisher vom Bundestag und von der Bundesregierung geleistet worden ist, wach und lebendig zu halten bei den Verbänden usw. und zweitens, um die Beschlüsse dieses politischen Gremiums zu den Fragen des Wahlgesetzes usw. wieder der gesamten Partei nahezubringen. Dieses Organ, das wir Ihnen heute vorschlagen, haben wir auf alle Fälle nötig. Das brauchen wir. Die Leute sollen nicht große politische Entscheidungen fällen! Das sollen die gar nicht. Aber sie sollen den lebendigen Kontakt herstellen mit den Verbänden usw.

In diesem Zusammenhang kann ich ein Wort sagen über die Aufgabe des Bundesgeschäftsführers. Unsere Bundesgeschäftsstelle leidet darunter, daß wir nicht genügend Geld haben, um die Leute, die wir gern haben möchten, auf Jahre hinaus an uns zu fesseln. Es ist beschämend, aber ich muß es sagen, es ist vorgekommen, daß wir an den Tagen im Monat, an denen die Gehälter ausgezahlt werden müssen, nicht das nötige Geld hatten, um die Gehälter auszuzahlen! (*Zuruf:* Hört, hört!) Infolgedessen hat der Bundesgeschäftsführer eine ungeheuer große Aufgabe, nun diesen Apparat einigermaßen am Laufen zu halten. Er muß auch – das gilt insbesondere dann, je näher der Wahltermin heranrückt – hier an Ort und Stelle sein. Er kann nicht weg

¹² Entwurf eines Gesetzes über die politischen Parteien vom 22. Dezember 1959 (BT-Drs. 1509); Gesetz vom 24. Juli 1967 (BGBl I 1967 S. 773–781). – Zur Finanzierung der Parteien durch die öffentliche Hand vgl. Bundestagsdebatten vom 19. Juni 1958 Sten.Ber. 3. WP Bd. 39 S. 1767 und vom 25. Juni 1958 ebd. S. 1916; Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts 20 Nr. 10 S. 56–119 (Urteil vom 19. Juli 1966). – Bundeswahlgesetz: BGBl I 1956 S. 383–392 (Fassung vom 7. Mai 1956), erstmals geändert durch: BGBl I 1972 S. 1061–1099 (Gesetz vom 3. Juli 1972).

von Bonn. Er muß hier sein, weil da alle möglichen Anrufe und Anforderungen kommen. Er muß Aufklärungen geben usw., usw. Er wird also einer dornenvollen und arbeitsreichen Zeit entgegengehen. Er hat sie jetzt schon! Daher kann der Bundesgeschäftsführer die ganzen Verbindungen mit den Organisationen, Verbänden usw. gar nicht herstellen; denn er ist schließlich auch nur ein Mensch, der auf die Dauer nicht mehr als zwölf Stunden am Tag arbeiten kann.

Deshalb brauchen wir Leute, die diese Verbindung herstellen. Und das ist im wesentlichen die Aufgabe der Herren, die im Vorschlag des geschäftsführenden Vorstandes benannt worden sind. Ich darf noch hinzufügen, was Herr von Hassel gesagt hat, ist richtig. Wir waren uns über das klar, was wir dem Bundesparteitag vorschlagen sollen, aber das muß korrekt in eine Vorlage gebracht werden und beschlossen und dann dem Bundesparteiausschuß vorgelegt werden.

Krone: Noch ein Wort zu Herrn Scheufelen! Es ist doch so gewesen, daß der geschäftsführende Vorstand im letzten Jahr nicht gearbeitet hat. Das ist früher anders gewesen. Unter Tillmanns wurde gearbeitet. Man kam zusammen und hat überlegt und beraten und gearbeitet. (*Altmeier:* Das ist schon lange her!) Das ist so gewesen! Das wissen die Herren Heck und Kraske. Wir waren zusammen in der Bundesgeschäftsstelle und haben geschäftlich gearbeitet als geschäftsführender Vorstand, nicht politisch. Wir haben keine Entscheidungen gefällt.

Damit nun diese legitime Gruppe bis zum nächsten Bundesparteitag zur Arbeit kommt, das besagt hier dieser Vorschlag, der gestern vom gesamten geschäftsführenden Vorstand nach langer Diskussion angenommen worden ist. Nun lassen wir doch die Herren, die mit einem Mandat beauftragt sind, auch arbeiten! Ich bin dafür, das anzunehmen.

Ich verstehe Ihr Anliegen, Herr Scheufelen, auf Konzentration. Dem dient auch – was Herr von Hassel gesagt hat – ein solches Gremium. Wir waren uns gestern einig, dieses Gremium auf dem Parteitag in Karlsruhe zu bilden, wobei die Frage, ob 15 oder 18 Mitglieder, noch offengeblieben ist. Das hängt noch ab von den Paragraphen 9 und 10 im Parteiengesetz. Es müssen in die Gremien hinein: zwei Drittel Gewählte und ein Drittel aufgrund anderer Legitimation. Wir waren uns darüber einig, in diesem Sinne die Arbeit zu konzentrieren. Meine Bitte geht dahin, daß man das zunächst einmal annimmt, um zur Arbeit zu kommen. Das setzt aber voraus, daß die Herren alle 14 Tage da sind, um zu arbeiten.

Adenauer: Herr Scheufelen! Es ist nicht so, als wenn bisher diese großen politischen Fragen überhaupt nicht behandelt worden wären. Die großen politischen Fragen sind zwischen einigen Herren der Fraktion und einigen Herren der Bundesregierung ständig behandelt worden. Und wir haben im Kabinett bei solch entscheidenden Fragen die Vertreter der beiden Koalitionsparteien, der CDU und der DP, zu den Sitzungen hinzugebeten, um nun wirklich eine echte Zusammenarbeit zwischen der Fraktion – die auch eine eigene Verantwortung hat – und der Bundesregierung herbeizuführen.

Es ist wirklich nicht so, als ob nun auf dem politischen Gebiet keine enge

Fühlungnahme gewesen sei. Das ist eine falsche Vorstellung. Ich glaube, Sie lassen sich manchmal täuschen, meine Damen und Herren, durch die Mitteilungen in der Presse über die Tätigkeit der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie ist in einer ganz anderen Situation als Oppositionspartei wie wir als Regierungspartei. Der Vorstand der Sozialdemokratie und wen sie noch haben, die kommen fortwährend zusammen und reden, bald gut, bald schlecht, bald zur Freude, bald zum Mißfallen ihrer Leute. Sie haben Zeit, ihre inneren Kämpfe in aller Seelenruhe oder in aller Heftigkeit miteinander auszufechten.

Bei einer Regierungspartei ist es so, daß ein großer Teil der politischen Fragen zwischen der Regierung und der Fraktion überlegt werden muß, nicht alle, aber erhebliche Fragen. Dabei bin ich der Auffassung – Herr Krone gestattet mir, das hier zu sagen –, daß manchmal die Bundestagsfraktion in ihrer Unabhängigkeit gegenüber der Partei zu weit geht. (*Albers*: Sehr richtig! – *Weitere Zurufe*: Sehr wahr!)

Ich habe Ihnen eben einige solcher Fälle genannt, in denen die Auffassung der Partei und ihrer Organe an erster Stelle stehen muß. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Zu diesen Fragen gehören das Parteiengesetz, das Wahlgesetz, die Parteienfinanzierung durch den Staat. Das sind im Augenblick die wesentlichsten Fragen. Aber diese Liste ist nicht erschöpft. Es sind jedoch die drei Gesamtkomplexe, die uns z.Z. am meisten beschäftigen und die für unsere Partei von der größten Bedeutung sind. Hier muß die Partei eine eigene Meinung bilden, damit sich die Bundestagsfraktion dementsprechend einstellt.

Bei anderen Sachen, z.B. bei der Krankenversicherung¹³ – früher bei den Rentengesetzen –, haben wir zu den Sitzungen eingeladen und hinzugezogen die Vertreter der Fraktion, damit wir da möglichst konform gingen. Wir haben auch, um das vorwegzunehmen, ständig enge Fühlung gehalten mit der Fraktion in der Frage des Rundfunkgesetzes. Die Fraktion hat dafür besonders den Herrn Heck beauftragt. Wir haben mit Herrn Heck in allen diesen Dingen sehr enge Fühlung gehalten. Wir werden nachher, so hoffe ich, noch darauf zu sprechen kommen. Wenn die Herren Ministerpräsidenten, die der CDU angehören, einen anderen Weg glaubten gehen zu müssen, so müssen sie das verantworten. Aber mit der Bundestagsfraktion, die doch hier die Entscheidung hat, haben wir ständig enge Fühlung gehalten, wie überhaupt die Fühlung zwischen der Bundesregierung und der Bundestagsfraktion viel enger ist, als das nach außen in Erscheinung tritt. Die Minister gehen in die Arbeitskreise hinein und erläutern ihre gesetzgeberischen Vorhaben. Das wird dann besprochen. Nachher kommt es dann in den Vorstand der Bundestagsfraktion. Und hier ist in den meisten Fällen – das glaube ich Ihnen sagen zu können – das Interesse der Partei ständig

13 Die projektierte Neuordnung der gesetzlichen Krankenversicherung in der 3. Legislaturperiode scheiterte. Vgl. 29. Oktober 1957 Sten.Ber. 3. WP Bd. 39 S. 20; BT-Drs. 1298 vom 20. Oktober 1959; UfD Nr. 47 vom 26. November 1959 S. 1f.; BT-Drs. 1540 vom 14. Januar 1960; UfD Nr. 1 vom 7. Januar 1960 S. 1f.; 17. Februar 1960 Sten.Ber. 3. WP Bd. 45 S. 5497–5591. Vgl. dazu Nr. 12 Anm. 43.

gewahrt worden. Aber es gibt Fälle, in denen ich – wenigstens für meine Person – der Bundestagsfraktion nicht die Kompetenz zusprechen kann, Entscheidungen zu treffen gegen den Willen der Partei, nämlich dann, wenn es an das Fundament des Ganzen geht. In diesen Fällen muß die Partei ihren Willen bilden und mitteilen können.

Wuermeling: Ich möchte einen Ergänzungsvorschlag zu dem Tableau machen. Dort sind vor allem die vertikalen Gliederungen berücksichtigt, wie Vertriebene, Flüchtlinge, Landwirtschaft usw. und dann im Rahmen der horizontalen Schau die Jugend, die Frauen usw. Dagegen ist das Thema „Familie“ überhaupt nicht drin. Ich würde daher vorschlagen, daß wir bei Herrn Kiesinger unter Nr. 5c) Familie¹⁴ hinzusetzen, damit hier von der Partei aus eine Aktivität entfaltet werden kann.

Wenn ich einen Vorschlag machen darf, würde ich sagen, einerseits die Herren Winkelheide und Even, auf der anderen Seite Herr Süsterhenn und Frau Welter¹⁵.

Adenauer: Sie haben den Vorschlag gehört, unter c) Familie einzusetzen. Dazu Frau Welter und ... (*Verschiedene Zurufe:* Süsterhenn! Winkelheide!) Nun werden mehrere Vorschläge zugleich gemacht: Süsterhenn und Winkelheide. (*Zuruf:* Herr Süsterhenn ist sehr stark in Anspruch genommen! – *Unruhe.* – *Zuruf:* Andere auch! – *Wuermeling:* Man könnte ihn fragen, ob er es machen kann. Sonst würden wir einen Bundestagsabgeordneten nehmen!) Das ist aber peinlich, jemand zu benennen, nachdem ein anderer abgelehnt hat. Das spricht sich doch rund. Und das wirkt nicht gut. Eben hat jemand – Herr Zimmer oder Herr Altmeier, glaube ich – gerufen: Herr Süsterhenn ist sehr stark in Anspruch genommen. – Warum wollen Sie denn Herrn Winkelheide nicht? (*Wuermeling:* Ich bin auch damit einverstanden!)

Dann würde ich vorschlagen, daß wir sagen unter c) „Familie“: Frau Welter und Herr Winkelheide. (*Wuermeling:* Müßten wir es organisch nicht umstellen und die Familie zuerst benennen, und zwar: Familie, Frauen, Jugend.) Ich darf darauf aufmerksam machen, daß nach dem Schöpfungsbericht die Frau vor der Familie da war. (*Wuermeling:* Aber die Jugend nicht! – *Heiterkeit.*) Da haben Sie wieder recht! Man muß an alles hierbei denken. Wer soll an die Spitze? Die Frauen sind unsere besten Wähler. (*Zurufe:* Jugend! – Frauen! – Familie! – *Schröder:* Frau und Familie, das hört sich gut an!) Wir sollten sagen: Frauen, Familie, Jugend! (*Zustimmung.*)

Also schreiben wir: a) Frauen, b) Familie, c) Jugend. Ich bitte Sie, Frau Brauksiepe, das zur Kenntnis zu nehmen! (*Brauksiepe:* Danke!) – Das Wort hat Herr Gurk.

Gurk: Ich möchte noch einmal kurz auf den Vorschlag von Herrn Scheufelen zurückkommen. Ich verstehe diese weitgehende Aufgliederung, weil wir damit an die Verbände und soziologischen Gruppen und Gruppierungen unseres Volkes herangehen.

¹⁴ In der Vorlage: Frauen.

¹⁵ Emmi Welter (1887–1971), 1950–1960 Mitglied des Stadtrats Aachen (CDU), 1954–1965 MdB, seit 1952 Vorsitzende der evangelischen Frauenhilfe im Rheinland, seit 1953 Präsidentin der evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, Kuratoriumsmitglied des Müttergenesungswerks.

Aber das Anliegen der Konzentration und der Aktivierung der Parteiarbeit ist doch damit noch nicht erfüllt. (*Adenauer*: Verzeihen Sie: der Intensivierung!) Nein, der Konzentration! (*Adenauer*: Der Intensivierung, nicht der Konzentration!) Ja, eine Intensivierung durch diesen Vorschlag in vertikaler Hinsicht auf die soziologischen Gliederungen der Verbände usw.; aber wie ist denn nun die Koordinierung dieser Arbeit mit den Parteioorganisationen, etwa mit den Landesverbänden, gegeben? Die Landesverbände stehen nach diesem Vorschlag auf der Seite. Es wird um sie herum eine Arbeit – so hoffe ich – intensiver Art getan. Aber die Landesverbände wissen das nicht und sehen das nicht. Und da ist ohne Zweifel eine Koordinierung nach der horizontalen Seite auf der Ebene der Landesverbände notwendig.

Nach meiner Meinung ist eine solche Koordinierung der Arbeit unabdingbar für die Parteileitung. Deshalb möchte ich dieses Anliegen noch einmal nachdrücklich unterstreichen. Wir haben es wirklich aus innerer Überzeugung heraus vorgetragen. Ich würde es dankbar begrüßen, wenn dieses Kollegium sich mit dieser Frage der Koordinierung und der Straffung befassen würde, und zwar gilt das insbesondere für die Landesverbände. Ich kann mir nicht denken, daß die Bundesgeschäftsstelle, wie die Dinge jetzt liegen, in der Lage sein wird, diesen Arbeitskreis zu überschauen und ihn wirkungsvoll zu steuern. Ich kann mir nicht denken, daß der Bundesgeschäftsführer diese Aufgabe mit den jetzt gegebenen Vollmachten meistern kann. Es ist niemand da, der das tun könnte!

Adenauer: Herr Gurk! Ich habe auch gewisse Wünsche wegen der inneren Organisation der Partei und wegen des Verhältnisses der Bundespartei zu den Landesparteien. Ich stelle aber diese Wünsche absichtlich zurück, weil wir jetzt an die Wahl denken müssen. Wir können jetzt nicht große Umorganisationen vornehmen. Wir müssen jetzt endlich an die Arbeit kommen. Wir dürfen jetzt nicht immer organisieren und Überlegungen anstellen.

Deshalb bitte ich Sie, auch Ihren Wunsch zurückzustellen. Sie müssen doch schließlich zu den Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes, die die Arbeitsgebiete zugewiesen bekommen haben, das Vertrauen haben, daß diese Herren aus eigenem Verantwortungsgefühl sich um diese Aufgaben kümmern werden. Wenn aber das Vertrauen nicht da ist, dann hört ja alles auf. Aber das sind doch Leute, die etwas bedeuten: Blank, Gerstenmaier, von Hassel, Krone, Meyers, Schröder, Kiesinger. Ich meine, dazu sollten wir das Vertrauen haben, daß die Herren, wenn sie diese Aufgabe annehmen, auch etwas tun.

Dieser Kreis wird von mir als dem Vorsitzenden von Zeit zu Zeit einberufen, damit wir hören, was sie tun; und daß der Bundesgeschäftsführer, der nun doch manches hört und sieht, wo Mängel sind, rechtzeitig davon Mitteilung macht, ist auch selbstverständlich. Aber bitte, organisieren Sie jetzt nicht zuviel und sprechen Sie nicht so viel über die Organisationsgeschichte, sondern lassen [Sie uns] doch endlich an die Arbeit gehen. Je näher wir an die Wahlen kommen, desto mehr verflüchtigen sich alle diese Vorstellungen vor der Notwendigkeit, aktiv und wirksam zu arbeiten.

Zimmer: Herr Bundeskanzler! Sie haben mit vollem Recht betont, es kommt auf

die Vorbereitung der Bundestagswahlen an. Nun liegt uns dieser Organisationsvorschlag vor. Nun möchte ich mit der Offenheit, die wir uns alle schuldig sind, dazu ein paar Bemerkungen machen, die etwas kritisch sind, und zwar im Hinblick auf die Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren gemacht haben. Herr Meyers hat uns vor etwa zwei Jahren oder zweieinhalb Jahren im Bundesvorstand einen Vortrag über seine Feststellungen und Einsichten in der Partei gehalten¹⁶. Daran möchte ich anknüpfen, weil ich selbst nun seit geraumer Zeit auf der untersten Stufe in der Parteiarbeit stehe.

Ich möchte aus meiner Erfahrung heraus sagen, der Wahlkampf wird nicht nur durch die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion, sondern auch durch die 2.000 bis 3.000 Ortsverbände ausgetragen, die die Verbindung oder den Kontakt mit unseren Wählern haben oder jedenfalls haben sollten. Hier sieht es nach meinen Erfahrungen sehr unterschiedlich aus. Es gibt Ortsverbände, die viel und planmäßig arbeiten. Es gibt auch welche, die das nicht tun. Und da möchte ich ansetzen. Wir alle stellen eine Parteimüdigkeit nicht nur beim allgemeinen Wählervolk, sondern zum Teil auch in unseren eigenen Reihen fest.

Das ist mit ein Grund, warum unsere Mitgliederwerbung nicht von großem Erfolg gewesen ist. Die entscheidende Frage – neben der zentralen Fortentwicklung oben – ist die, wie bringen wir es in den nächsten zwei Jahren fertig, diese 2.000 bis 3.000 Ortsverbände wieder mit pulsierendem Leben, mit einem kontinuierlichen und attraktiven Arbeitsleben zu erfüllen. Wie bringen wir das fertig? Das ist, wie gesagt, neben der zentralen Frage oben die entscheidende Frage unten. Und hier muß ich sagen, die Bundespartei müßte mehr als bisher mit Hilfe der Landesverbände bis an die unterste Front der Partei ihre Meinung vortragen können, aber nicht sporadisch und mehr oder weniger dem Zufall überlassend, weil es der eine Landesverband so und der andere so macht, sondern nach einem System, wobei bundespolitische und landespolitische Gesichtspunkte koordiniert werden müssen.

Ich möchte also darum bitten, daß die Arbeit auf eine Lebendigmachung der 2.000 bis 3.000 Ortsverbände abgestellt wird, wobei es sicher wichtig wäre, ein Bild über die Qualität und die Quantität in den Ortsverbänden zu bekommen, wie sie sich zusammensetzen, wie sie arbeiten usw. Auch darüber hat Herr Meyers damals sehr interessante und für uns alle wichtige Feststellungen getroffen.

Ich möchte gerne wissen, wie es heute ist. Wir wissen aus der Erfahrung, daß die Herren Tillmanns, Wuermeling und Meyers, als sie die Geschäftsführung in die Hände genommen haben, großartige Arbeit geleistet haben. Das wird überall sehr dankbar empfunden. Wir haben aber – und das müssen wir offen sagen – auf der anderen Seite den Eindruck, daß unsere Parteiämter ein bißchen mehr honoris causa geführt wurden und daß die Herren nicht in der Lage waren – man kann ihnen keinen Vorwurf machen, weil sie durch andere Ämter völlig absorbiert wurden –, ihre Kraft so zur Verfügung zu stellen, wie es an sich notwendig gewesen wäre.

¹⁶ Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1134–1144 sowie Nr. 1 S. 35–37.

Herr Bundeskanzler! In der letzten Sitzung haben Sie gesagt, wir müssen Männer mit Namen an der Spitze der Partei haben. Sehr richtig! Es muß eine Autorität dahinterstehen. Es ist aber zu sagen, daß die Herren alle durch andere Ämter mit einer ungeheuer großen Verantwortung belastet sind. Sie haben gesagt, wir müssen das Vertrauen zu den Herren haben, daß sie, wenn sie das Amt annehmen, auch die entsprechende Zeit für diese Arbeit aufwenden.

Es ist niemand unter uns, der nicht zu jedem einzelnen das absolute Vertrauen hat, aber ich frage nur, sind die Herren in den kommenden Jahren nicht überfordert? Wenn es nicht der Fall sein sollte und diese Bedenken nicht stichhaltig sind, dann würde ich das sehr begrüßen, wenn also diese sieben Herren einen erheblichen Teil ihrer Zeit und ihrer Kraft für die Parteiarbeit einsetzen könnten. Dazu ist aber noch zu fragen: Was werden die 2.000 bis 3.000 Ortsverbände machen?

Im übrigen will mir etwas nicht gefallen an der Sache. Wir haben in Stuttgart aufgrund des Vorschlags von Herrn Dufhues nicht mehr zwei stellvertretende Vorsitzende, sondern vier stellvertretende Vorsitzende gewählt. Es hat damals eine Rangordnung gegeben; es gab einen ersten Stellvertreter und einen zweiten Stellvertreter. Das geht aus den Akten klar hervor. Und nun haben wir heute vier stellvertretende Vorsitzende. Das sind doch Ihre Vertreter, Herr Bundeskanzler. Ich bitte zu prüfen, ob es nicht möglich wäre, die stellvertretenden Bundesvorsitzenden in den kommenden Jahren draußen stärker in Erscheinung treten zu lassen. Sie selbst können ja nicht überall hingehen zu Veranstaltungen usw. Damit kämen Ihre Vertreter in einen stärkeren persönlichen Kontakt mit den Landesvorsitzenden und deren Mitarbeitern draußen im Lande, vor allem bei der Vorbereitung der Wahl. Dieser persönliche Kontakt kann durch schriftliche Berichte nicht ersetzt werden. Ich bitte darum, das einmal zu prüfen. Es käme natürlich auf die vier Herren an, die dann als Ihre wirklich aktiven Vertreter in den einzelnen Landesteilen in Erscheinung treten würden. Das würde nach meiner Meinung bei unseren Wählern mit Dank quittiert werden. Ich bitte darum, das nachzuprüfen; denn aufgrund der bisherigen Erfahrungen kann ich mich nicht so leicht mit dem Vorschlag der sieben Arbeitsgruppen abfinden.

Von Hassel: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Aus den Diskussionsbeiträgen der Landesvorsitzenden von heute morgen – ich nenne die Herren Blumenfeld, Scheufelen, Gurk – klang ein wenig Lethargie heraus. Es ist deshalb nötig, daß man an diesem Punkt festhält, was eigentlich bei den Landesvorsitzenden zu dieser ein wenig trüben Stimmung beigetragen hat.

Da ist zunächst die Tatsache festzustellen, daß wir im vergangenen Jahr mit den gewählten Organen der Partei – nicht der Fraktion – fast nicht haben arbeiten können. In der Zwischenzeit sind nun der geschäftsführende Vorstand und die Landesvorsitzenden zusammengetreten. Jeder einzelne, der bei diesen Konferenzen dabei gewesen ist, wird bestätigen, daß dort in einer ungewöhnlichen Art sich die Landesvorsitzenden bundesverantwortlich für die Bundespartei gefühlt haben, d.h., wir haben uns eigentlich zum erstenmal als Landesvorsitzende nicht nur für unsere Landesverbände, sondern vor allem auch für die Bundespartei verantwortlich gefühlt.

Es war für uns alle ein beglückendes Gefühl, nun zu sehen, in welcher Art die Landesvorsitzenden sich dort zusammengefunden haben.

Wir müssen nun, wie der Herr Bundeskanzler sagt, an die Arbeit gehen. Das ist jetzt notwendig. Bis zum Parteitag haben wir, davon bin ich überzeugt, alle den Terminkalender vollgeschrieben. Wir haben in der Zwischenzeit drei Bundesvorstandssitzungen, eine Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes und eine Sitzung des Bundesparteiausschusses gehabt.¹⁷ Für Januar sind vorgesehen eine Bundesvorstandssitzung und eine Bundesausschußsitzung.¹⁸ Ich glaube, daß wir nun durch die ganze Misere der vergangenen Monate hindurch sind. Mir scheint eigentlich diese Lethargie von heute einige Monate zu spät zu kommen. Auch mir haben diese Pannen, das weiß jeder, gar nicht behagt.

Nun haben wir gestern kräftig um diesen Vorschlag gerungen. Jetzt wollen wir an die Arbeit gehen. Ich bin davon überzeugt, daß wir im Januar dem Bundesausschuß ein ganz vernünftiges Bild von dem geben können, was auf dieser Grundlage in der Zwischenzeit geschehen sein wird.

Adenauer: Herr von Hassel hat eben die anderen Herren Landesvorsitzenden genannt. Ich möchte Herrn Zimmer antworten. Wir haben damals eine große Werbeaktion unternommen. Wissen Sie, was dabei herausgekommen ist? Nicht einmal die Portokosten sind herausgekommen!

Noch eins! Die Ortsparteien unterstehen doch den Landesparteien. Ich meine also, was Sie gesagt haben über die Ortsparteien, das müssen Sie in einer Zusammenkunft der Vorsitzenden der Landesverbände sagen. Wir können das gar nicht, wir kommen ja nicht da heran. Ich bin durchaus Ihrer Ansicht, daß eine ganze Reihe von Ortsparteien absolut weggefeßt werden müssen. Was machen solche Ortsparteien? Sie nehmen nicht einmal neue Mitglieder auf. Ich könnte sie Ihnen nennen. Sie nehmen keine neuen Mitglieder auf, weil die Leute dort ihre Posten als Vorsitzende usw. behalten wollen. Sie fürchten, daß bessere Leute kommen. So sieht es aus! (*Zurufe:* Hört, hört!)

Nun zu dem, was allgemein gesagt worden ist, und daran ändern wir leider nichts von heute auf morgen: Wir sind eine Wählerpartei. Wir sind keine Mitgliederpartei. Das wird auch noch Jahre dauern, bis wir eine Mitgliederpartei werden. Vergessen Sie doch bitte nicht, daß wir als Partei noch sehr jungen Datums sind. Wir können nicht etwa wie die Sozialdemokraten darauf hinweisen: Mein Vater war schon Sozialdemokrat, mein Großvater war Sozialdemokrat, wir sind immer Sozialdemokraten gewesen, und wir bleiben es. – Das können wir gar nicht. (*Altmeier:* Das wollen wir auch gar nicht!) Nehmen Sie die Sache bitte ernst! Herr Zimmer hat an einen wunden Punkt gerührt, daß wir nämlich noch keine Mitgliederpartei sind und daß bei uns viel zu wenig auf diesem Gebiet von Person zu Person geschieht. Da müßte man sich die

17 Der Bundesausschuß war 1959 nur am 28. September zusammengetreten (ACDP VII-001-021/5).

18 Bundesausschußsitzung am 1. Februar 1960 (ACDP VII-001-021/6).

Leute heranziehen, aber man kriegt sie nicht. Ich möchte nochmals bitten, daß Sie in den Landesparteien darauf drängen, daß die Ortsparteien endlich lebendiger werden.

Nun sehen Sie bitte unsere große Zeitnot. Wir müssen an die Arbeit gehen! Wir müssen endlich damit anfangen. Ich bitte Sie, Herr Zimmer, dem zuzustimmen, was Ihnen heute vorgelegt wird. Es ist nicht der Weisheit letzter Schluß, und wir können ja in einer der nächsten Sitzungen, wenn sich Mängel zeigen sollten – das habe ich schon gesagt –, Ergänzungen vornehmen. So hat auch Herr Bundestagspräsident Gerstenmaier gestern noch nicht zugesagt, daß er es übernehme, sondern er hat gesagt, er müsse sich das noch überlegen und müsse sich seine Entscheidung vorbehalten. Also, das ist nicht der Entscheidungen letzter Schluß, aber es ist etwas, damit wir an die Arbeit gehen können. Sicher sind Mängel vorhanden. Aber lassen wir jetzt die Mängel, und gehen wir an die Arbeit! Dieser Schritt muß dringend getan werden.

Zimmer: Die Werbung von Mitgliedern, wie wir uns das früher vorgestellt haben, geht in unserer Partei nur in geringem Umfange vor sich. Die stärkste Werbung liegt in einer ununterbrochenen, kontinuierlichen Aktivität in allen Stufen. Wir müssen die Leute einladen, mit ihnen reden; wir müssen sie aktivieren. Wir müssen unser Anliegen attraktiv machen, und zwar in den Orts- und Kreisparteien. Darin sehe ich die beste Voraussetzung für eine Werbung.

Ich stimme mit Ihnen überein, es ist sehr schwer bei uns, aber ohne eine Parteigarde auf der untersten Stufe kommen wir nicht aus. Wir müssen Idealisten haben, zuverlässige Leute. Ich spreche nicht aus negativen Erfahrungen in meinem Ortsverband, ganz im Gegenteil. Da ist es gut. Ich möchte also nicht mißverstanden sein. Es gilt aber, die Aktivität der 2.000 bis 3.000 Ortsverbände kontinuierlich zu unterstützen, und zwar nicht nur durch die Landesverbände, sondern auch durch die Bundespartei. Auch die Bundestagsabgeordneten müssen sich hier stärker einschalten, und zwar durch Vermittlung der Bundespartei; denn auf der untersten Ebene – draußen beim Volk – wird letzten Endes der Wahlkampf entschieden.

Dufhues: Ich schlage vor, die Arbeitsbereiche 1 und 3 wie folgt zu ergänzen: Nr. 1: Soziales, Arbeitnehmer und Arbeitnehmerverbände, Nr. 3: Landwirtschaft und landwirtschaftliche Verbände. (*Zuruf:* Das ist geschehen! – *Zuruf:* Nein! – *Von Hassel:* Eins haben wir nicht geändert!)

Adenauer: Ich möchte bitten, das zunächst nicht zu ändern, sondern wir wollen Herrn Blank einmal dazu hören.

Blank: Das hier ist auf meinen Vorschlag gestern entstanden, Herr Dufhues, weil gewisse Dinge noch im Fluß sind und wir im Augenblick nicht übersehen können, was im einzelnen notwendig sein wird. Ich habe gedacht, daß mit den beiden Worten „Soziales“ und „Arbeitnehmer“ das gedeckt ist, was wir wollen. (*Dufhues:* Gut! Danke!)

Altmeier: Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, daß dieser Plan, der hier vorgelegt wird, die Arbeit des Bundesvorstandes aktivieren soll. Darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheit. Man könnte höchstens der Meinung sein, es wäre eigentlich das Recht und die Pflicht des Bundesvorstandes schon lange gewesen, seine Arbeit

zu intensivieren und zu organisieren. Das soll kein Vorwurf sein, sondern nur eine Feststellung. Jeder Vorstand setzt sich zusammen und gibt sich seine Arbeit und verteilt seine Aufgaben.

Aber ich meine, wenn wir hierzu auch alle ja sagen, dann ist das zweite Problem, nämlich die Frage der Satzungsänderung gemäß der Paragraphen 9 und 10 für den nächsten Bundesparteitag, nicht erledigt, sondern die Gespräche, die seit über einem Jahr darüber geführt werden, müssen fortgesetzt werden.

Der Herr Bundeskanzler hat von der Initiative des Bundesparteitages gesprochen. (*Adenauer*: Irrtum!) Wir sind uns alle darüber einig, daß es nicht gut ist, wenn man eine solche Frage der Initiative des Parteitages oder irgendeiner Gruppe überläßt. Es ist nach meiner Meinung der Partei mehr dienlich, wenn wir diese Frage, an der wir nicht vorbeikommen – nämlich die Beschlußfassung darüber, ob die Paragraphen 9 und 10 unserer Satzung bestehen bleiben sollen oder nicht –, in diesem Kreise hier eingehend besprechen. Dann können wir mit unseren Überlegungen in den Parteitag hineingehen.

Zusammengefaßt meine ich, wir sollten heute Beschluß fassen:

1. Wir sind einverstanden mit dem Organisationsplan, der die Arbeit des Bundesvorstandes und des geschäftsführenden Vorstandes aktiviert und intensiviert, weil er die Arbeit auf die einzelnen Schultern verteilt.

2. Die Besprechungen wegen einer eventuellen Änderung der Paragraphen 9 und 10 des Statuts werden fortgesetzt,

damit wir zur rechten Zeit einen ausgearbeiteten Vorschlag für den Bundesparteitag in Karlsruhe haben.

Adenauer: Herr Altmeier! Sie haben etwas mißverstanden. Ich habe nicht von der Initiative des Bundesparteitages gesprochen, sondern von der Souveränität des Bundesparteitages, und zwar deshalb, weil Herr Kollege Blumenfeld danach gefragt hatte. Damit ist doch dem Parteitag nicht vorgegriffen. Als Herr Blumenfeld gefragt hat, habe ich ihm darauf gesagt: Der Bundesparteitag ist souverän, er entscheidet. Daß das mit den Paragraphen 9 und 10 irgendwie vorbereitet werden muß, ist doch von mir wiederholt ausgesprochen worden.

Lücke: Ich möchte einen Ergänzungsvorschlag zu Nr. 7 machen, und zwar nach Rücksprache mit unseren Freunden aus den kommunalen Spitzenverbänden. Wir sollten wegen der Kommunalwahlen eine Ziffer c) „Kommunale Spitzenverbände“ einfügen. Als Mitarbeiter würde ich Herrn Wormit¹⁹ vorschlagen.

Adenauer: Das würde also heißen – ich finde die Anregung sehr gut –, bei Ziffer 7 Bundesminister Dr. Schröder hinter b) Evangelische Verbände einfügen: c) Kommunale Spitzenverbände. Mitarbeiter ... (*Zurufe*: Wormit und Willecke!) Wormit

19 Hans-Georg Wormit (1912–1992), 1949–1952 Staatssekretär im Kultusministerium, 1950–1956 im Innenministerium von Schleswig-Holstein, 1956–1962 geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages, 1962–1977 Kurator bzw. Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz.

und Willeke²⁰. Sie haben die Namen gehört! (*Lücke*: Ich habe mit den Verbänden zusammengesessen; sie sind bereit, mitzuarbeiten!) Dann käme der Sport und d). Damit sind Sie einverstanden?

Blumenfeld: Ich würde darum bitten, nicht die Namen der Mitarbeiter, sondern nur die Namen der sieben Herren zu publizieren.

Kraske: Diese Liste kann nur ein internes Arbeitsmaterial sein. Ich glaube nicht, daß es gut ist, wenn das an die Öffentlichkeit kommt, auch wegen der katholischen Verbände und der evangelischen Verbände.

Adenauer: Da bin ich anderer Meinung! Herr Kühn von den Sozialdemokraten hat gesagt, er würde als erster dem Kardinal Frings²¹ einen Besuch machen. Das ist publiziert worden. Warum sollen wir uns nicht mit den katholischen und den evangelischen Verbänden in Verbindung setzen? (*Meyers*: Das steht morgen sowieso in der Zeitung!) Der Vorschlag von Herrn Blumenfeld ist richtig. Weil noch mit den Herren gesprochen werden muß, können wir die Namen jetzt nicht veröffentlichen. (*Krone*: Herr Kiesinger ist nicht gefragt worden!) Er wollte aber dabei sein. Ich habe ihn gefragt, als ich in Baden-Baden war. Er sagte, er sei jederzeit bereit. (*Schröder*: Und Herr Gerstenmaier!) Er hat bis jetzt keinen Bescheid gegeben. Ich meine also, wir sollten das in geeigneter Form, über die wir noch sprechen müssen, veröffentlichen.

Wuermeling: Ich habe vor mir liegen den Kurznachrichtendienst der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mit folgender Meldung: „Die CDU berät Grundsatzprogramm. Am 5. Dezember wird ein ausgewählter Kreis von Mitgliedern der CDU/CSU im Raume Bonn das neue Grundsatzprogramm der Partei beraten. U.a. hat seine Teilnahme zugesagt Dr. Fritz Hellwig, ehemals Direktor des Deutschen Industrie-Instituts ...“²² usw. Ich wollte fragen, was das bedeuten soll!

Kraske: Das ist eine Tagung in Eichholz²³, die wir vorbereitet haben, über das Grundsatzprogramm der SPD, (*Stürmische Heiterkeit*) und zwar mit zwei Referaten. Wir haben zu dieser Tagung eine Reihe von Leuten eingeladen.

Dufhues: Zu der Arbeitsweise des neugebildeten Gremiums eine Anregung! Ich würde es nicht für richtig halten, wenn die hier aufgeführten Mitarbeiter lediglich als Assistenten der einzelnen Mitglieder des Vorstandes tätig werden. Ich halte es für notwendig, daß dieser gesamte Arbeitskreis einschließlich der Mitarbeiter in Abständen von einem Vierteljahr zusammentritt, damit diese Aktivierung und Intensivierung unter einer Kontrolle und Verantwortung des geschäftsführenden Vorstandes steht.

20 Dr. Friedrich Wilhelm Willeke (1893–1965), 1947–1965 Generalsekretär der KPV, 1953–1965 MdB (CDU), dort Vorsitzender des Ausschusses für Kommunalpolitik.

21 Dr. Josef Kardinal Frings (1887–1978), 1942–1969 Erzbischof von Köln, 1945–1965 Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz, seit 1946 Kardinal.

22 KND 130/59, 23. November 1959, S. 1.

23 Interne Arbeitstagung der Politischen Akademie Eichholz (vgl. UiD Nr. 49 vom 10. Dezember und Nr. 50 vom 17. Dezember 1959). – „Politische Akademie Eichholz e.V.“ bei Wesseling, heute Bildungsstätte der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Adenauer: Ich teile diese Auffassung. Man soll die Herren nicht Assistenten nennen, sondern Mitarbeiter. Wir haben jetzt den Weihnachtsmonat vor uns, und mehr wie eine Installierung, so fürchte ich, wird im Dezember nicht möglich sein. Ich denke, daß wir Anfang Februar alle zusammenrufen, um zu hören, was sie bis dahin gemacht haben, wie sie sich ihre Arbeit weiter vorstellen usw. Darüber würde dann hier im Bundesvorstand berichtet werden. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*)

Dann kommen wir zum Punkt 3 der Tagesordnung:

NEUKONSTITUIERUNG DER FACHAUSSCHÜSSE

Von Hassel: Wir haben uns gestern in der Sitzung mit der Frage der Fachausschüsse befaßt und sollten nun hier ein paar Sätze dazu sagen, wie bisher die Fachausschüsse gearbeitet haben. Es ist zwischendurch bei anderen Punkten angeklungen, daß es Fachausschüsse gegeben hat, die ausgezeichnet gearbeitet haben, daß aber bei denen die Arbeit nicht von der Stelle kam, die nicht getagt haben oder deren Ergebnisse nicht an die Parteigremien herankamen, die über das Material zu befinden hatten.

Ich sage offen, es ist im wesentlichen eine Frage der Vorsitzenden, wie gearbeitet wird. Und dieses Thema der Vorsitzenden muß einmal von Grund auf in den Fachausschüssen behandelt werden. Ich sagte es vorhin schon, es geht nicht an, daß man einfach erklärt: Wir schlagen die Wiederwahl vor. Das ist zwar der einfachste Weg, aber damit lösen wir das Problem nicht.

Wir haben uns gestern nachmittag bereits mit einigen Fachausschußvorschlägen beschäftigt und dabei festgestellt, daß es notwendig ist, diese Frage der Vorsitzenden noch einmal in Ruhe zu klären. Die Geschäftsordnung besagt im § 20 letzter Absatz²⁴: Die Vorsitzenden werden auf Vorschlag der Fachausschüsse vom Parteivorstand ernannt. – Nun ist es gestern die Auffassung des geschäftsführenden Vorstandes gewesen, daß man dieser Frage einmal *sine ira et studio* besondere Aufmerksamkeit widmen soll, um sie mit aller Sorgfalt zu klären. Wir waren gestern nicht in der Lage, die Vorschläge zu erarbeiten, um eine Reihe von Fachausschüssen heute zu konstituieren. Aber bei einem Ausschuß waren die Dinge so klar, daß wir mit diesem Ausschuß heute beginnen können, und zwar ist es der Ausschuß unseres Freundes Etzel, der Wirtschaftspolitische Ausschuß. Herr Etzel hat an die Landesverbände geschrieben: Bitte macht uns Vorschläge. – Was ich bis [heute] aus den Landesverbänden gehört habe, ist so, daß man dort nicht mehr nach dem Gedanken vorgegangen ist, irgend jemand muß ein Pflaster haben, deshalb wird er in den Fachausschuß delegiert, sondern die Vorschläge sind so, daß Sie mit diesen Leuten auch eine vernünftige Arbeit leisten können.

24 Geschäftsordnung vom 16. September 1959 – Druck (vgl. Anm. 10) S. 8.

Was wir also heute hier tun können, wäre folgendes: Wir müßten zum Wirtschaftspolitischen Ausschuß sagen, jawohl, einverstanden. Kraft der Satzung werden von uns diese Mitglieder des Wirtschaftspolitischen Ausschusses berufen. Der bisherige Vorsitzende lädt ein, und dann würde dort ein Vorschlag für den Vorsitzenden erarbeitet. In der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes würde dann der Vorsitzende bestellt werden. Ich mache nochmals auf den § 20 aufmerksam, der besagt: Die Vorsitzenden werden auf Vorschlag der Fachausschüsse vom Parteivorstand ernannt.

Es ist leider nicht möglich, daß der Vorstand von sich aus sagt, wir halten einen klaren Schnitt für erforderlich und sind der Meinung, statt diesen Vorsitzenden nun jenen zu nehmen. Das ist nicht möglich, da wir ja an unsere Geschäftsordnung gebunden sind. Soweit der allgemeine Bericht. Inzwischen hat Herr Müllenbach den Vorschlag für die Zusammensetzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses verteilt. Sie haben ihn alle zur Hand. Darf ich anregen, daß jeder den Vorschlag einmal durchliest, damit wir darüber sprechen können.

Kraske: Zur Orthographie! Ich bitte Sie, den letzten Namen „Wacke“ in „Tacke“ umzuändern. Den Schreibfehler wollen Sie bitte entschuldigen.

Etsel: Meine Damen und Herren! Der Vorschlag, der Ihnen vorliegt, beruht auf gewissen Kontakten, die wir mit den einzelnen Landesvorsitzenden gehabt haben. Sie wissen, daß die jetzige Satzung bestimmt, daß der Ausschuß berufen wird. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß, von dem ich sagen darf, daß er in der Vergangenheit funktioniert hat, beruht auf diesem Prinzip. Wir haben versucht, die geeigneten Persönlichkeiten hier zusammenzustellen, und zwar haben wir eine Harmonie herzustellen versucht durch einen Kontakt von oben und von unten.

Wir sind zunächst davon ausgegangen, daß der Ausschuß nicht größer sein darf als 25 bis 30 Personen. Hier sind aber schon mehr Personen genannt worden. Eine Ausweitungsmöglichkeit ergibt sich schon dadurch, daß die Mitglieder des Parteivorstandes und die Vorsitzenden der anderen Ausschüsse an den Sitzungen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses mit beratender Stimme teilnehmen können. Wir haben die Herren des Bundesvorstandes und die Vorsitzenden der Schwester-ausschüsse nicht auf die Liste gesetzt, weil sie ja ohnehin an unseren Sitzungen teilnehmen können. Ich bitte Sie also, diese Herren geistig mitzuzählen.

Wir sind weiter davon ausgegangen – das ist ein sehr gutes Prinzip –, daß die Vorsitzenden der Landes-Wirtschaftsausschüsse geborene Mitglieder und im Hinblick auf das Verhältnis Bund/Länder unentbehrlich sind. Sie finden auf der Liste alle Namen der Vorsitzenden der Landes-Wirtschaftsausschüsse. Hamburg ist nicht vertreten, weil Hamburg uns bisher niemand genannt hat. Das ist der einzige Grund dafür.

Dann haben wir die Möglichkeit vorgesehen – wie bisher –, Unterausschüsse einzusetzen. Einen Teil der Wünsche, die wir im Ausschuß nicht berücksichtigen können, wollen wir eben in den speziellen Fachausschüssen erfüllen. Wir müssen deshalb besonders fachbegabte Leute in die Unterausschüsse delegieren. Dieses Prinzip ist vorbehalten und soll in Abstimmung mit den Landesverbänden durchgeführt werden. Es geht natürlich nicht, daß ich, wenn mir ein kleiner Landesverband acht

Herren nennt, nun alle acht Herren hineinnehmen kann. Aber diese Herren, die benannt worden sind, sollen tunlichst in den Unterausschüssen berücksichtigt werden.

Es soll in gewissen Sitzungen des Hauptausschusses und der Unterausschüsse eine Zusammenarbeit ermöglicht werden. Wir haben auch ein Gremium wissenschaftlicher Berater vorgesehen, und zwar wollen wir so etwas Ähnliches machen, was wir in den Ministerien als sogenannte Wissenschaftliche Beiräte haben. Wir attachieren diese wissenschaftlichen Berater gewissermaßen. Ich denke z.B. an die Professoren Böhm²⁵, Friedensburg²⁶, Müller-Armack²⁷, Strickrodt²⁸ usw. Wir wollen damit etwas Zusätzliches tun. Wir wollen auch Journalisten in den Sitzungen beiwohnen lassen. Ich glaube, daß wir das brauchen. Hier nenne ich Namen wie Jungermann²⁹, Muthesius³⁰, Wegener³¹ usw.

Was machen wir mit den Ministern und Staatssekretären? Sie sind ohne weiteres geborene Gäste und können als solche teilnehmen. Herr Erhard ist nie Mitglied des Ausschusses gewesen, aber er war selbstverständlich ein geborener Gast; er ist zu allen Sitzungen eingeladen worden und zum größten Teil auch erschienen.

Wir haben das besondere Problem mit den Gewerkschaften. Auch hier haben wir dafür Sorge getragen, daß die verschiedenen Gewerkschaftsgruppen an der Arbeit im Wirtschaftspolitischen Ausschuß teilnehmen. Wir haben weiter den Rechtsanwalt Stein³², der bisher im Ausschuß war, wieder aufgenommen. Dann haben wir die Damen und Herren, die auf unseren großen Tagungen in Frankfurt und Hannover großes Interesse an unserer Arbeit gezeigt haben, für unsere Arbeit in Aussicht genommen. Ich denke an einen Kreis von Persönlichkeiten, die in einem sogenannten e.V. zusammengefaßt werden, wie sie in München bei der CSU besteht. Wir wollen

25 Dr. Franz Böhm (1895–1977), Professor für Bürgerliches, Handels- und Wirtschaftsrecht (1946–1962 Frankfurt/M.); 1948/1949 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Direktor für Wirtschaft der Bizone bzw. ab 1949 beim Bundesminister für Wirtschaft, 1953–1965 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1290 Anm. 63.

26 Dr. Ferdinand Friedensburg (1886–1972), Honorarprofessor für Bergwirtschaft TU Berlin (seit 1953); 1952–1965 MdB (CDU, Vertreter Berlins). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 417 Anm. 145.

27 Dr. Alfred Müller-Armack (1901–1978), 1940 Professor für Nationalökonomie und Soziologie Uni Münster, nach 1950 für Wirtschaftliche Staatswissenschaften Uni Köln; 1952–1963 im Bundesministerium für Wirtschaft, ab 1958 Staatssekretär. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 463 Anm. 60.

28 Dr. Georg Strickrodt (1902–1989), 1954–1971 Professor für Öffentliches, Finanz- und Steuerrecht TH Darmstadt. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 6 Anm. 30.

29 Dr. Wilhelm Jungermann (geb. 1910), Journalist, Ressortchef Wirtschaft, stv. Chefredakteur, 1967–1978 Chefredakteur der „Ruhr-Nachrichten“ Dortmund.

30 Dr. Volkmar Muthesius (1885–1979), Verleger; nach 1945 Chefredakteur der „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen“, Herausgeber der „Monatsblätter für einheitliche Wirtschaftspolitik“, bis 1972 Präsident des Bundes der Steuerzahler.

31 Dr. August Wegener (1904–1987), vor 1945 Redakteur kölnischer Tageszeitungen, nach 1945 „Rheinisches Monatsblatt“, 1948–1970 Inhaber und Chefredakteur des CDP. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 413 Anm. 141.

32 Gustav Stein (1903–1979), Rechtsanwalt; 1949–1957 stv. Hauptgeschäftsführer des BDI, 1957–1963 Hauptgeschäftsführer, 1961–1972 MdB (CDU).

die Leute, die uns nahestehen, zu den großen Kundgebungen einladen. Das ist eine sehr gute Breitenstreuung. Wir haben eine Liste mit vielen hundert Namen, die wir mit einiger Aussicht auf Erfolg werben können.

Das sind einige der Grundsätze, die uns zu dieser Zusammensetzung gebracht haben. Wie ist nun die Liste, die Sie vor sich haben, im einzelnen aufgebaut? Dazu folgendes: Wir haben dem regionalen und dem parlamentarischen Element Genüge getan, und zwar dem regionalen Element, indem die Vorsitzenden der Landes-Wirtschaftsausschüsse und sonstige Landesvertreter in den Ausschuß delegiert, dem parlamentarischen Element, indem die Vorsitzenden der Arbeitskreise der Fraktion – Arbeitskreis Mittelstand, Finanz [!] und Wirtschaft usw. – hinzugezogen werden. Es sind im ganzen 37. Davon sind 30 zunächst direkt verteilt auf die einzelnen Gruppen.

Ich darf dabei darauf hinweisen, daß wir noch die Mühe hatten, einen Querschnitt durch die deutsche Industrie und Wirtschaft zu bekommen. Wir haben bei den vorgeschlagenen Mitgliedern

4	aus der Grundstoffindustrie
4	aus der Investitionsgüterindustrie
5	aus den Verbrauchergruppen
2	aus dem Handel
2	aus dem Handwerk
2	aus dem Bankgewerbe und
11	aus den freien Berufen

genommen. Das sind zusammen 30.

Wenn hinsichtlich der einzelnen Persönlichkeiten noch Fragen gestellt werden, will ich sie gerne beantworten. Es würde zu weit führen, jetzt im einzelnen noch näher darauf einzugehen.

Wir haben das regionale und parlamentarische Prinzip angewendet und dabei berücksichtigt:

Baden Nord	2
Baden Süd	1
Berlin	1
Bremen	1
Hessen	2
Braunschweig	2
Oldenburg	3
Nordrhein	5
Rheinland-Pfalz	2
Schleswig-Holstein	3
Westfalen	3

Württemberg	1
Sondergruppen	4
zusammen	30 Mitglieder

Dazu kommt noch das Prinzip der Sachverständigen. Wir schlagen Ihnen vor Herrn Dr. Bock³³ vom Zentralverband Deutscher Konsumgenossenschaften, Hamburg, weil wir die Verbraucherverbände für wichtig halten. Herr Bock hat bisher großen Anteil an uns genommen. Er war in den Sozialausschüssen in Königswinter. Herrn Dr. Hellwig, der jetzt bei der Montanunion sitzt als Sachverständiger für europäische Wirtschaftspolitik. Herrn Professor Höffner³⁴, der bisher bei uns war und sich bewährt hat. Herrn Scharnberg, den Sie kennen, der die Düsseldorfer Leitsätze mitgemacht hat. Herrn Schiettinger³⁵, der bei mir Ministerialrat ist. Er soll praktisch die Geschäfte führen. Herrn Schütttauf³⁶ aus Hamburg und Herrn Wolf³⁷ aus Hannover, evangelischer Sozialethiker. Das sind 7, also zusammen 37 Mitglieder.

Wir wollen weiter hinzunehmen die Herren, die zu den Verbänden und Organisationen Kontakt haben, und zwar:

Dr. Dittmar ³⁸ , Hamburg	DAG
Gier ³⁹ , Saarbrücken	CGD

33 Dr. Josef Bock (geb. 1915), 1945 Mitbegründer der CDU Sachsen, 1949–1951 Geschäftsführer der CDA, danach im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände, seit 1952 Geschäftsführer des Zentralverbands der Konsumgenossenschaften in Hamburg. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 12 Anm. 47.

34 Dr. Joseph Höffner (1906–1987), Professor für Christliche Sozialwissenschaften in Münster; 1962 Bischof von Münster, 1969 Erzbischof von Köln und Kardinal.

35 Dr. Fritz Schiettinger (1909–1984), ab 1958 im Bundesfinanzministerium (Ministerialrat, -dirigent, seit 1963 Ministerialdirektor).

36 Dr. Werner Alexander Schütttauf (geb. 1904), Volkswirt; 1935–1938 Mitarbeiter des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel (bis 1984 Mitglied des Verwaltungsrats), 1938–1969 volkswirtschaftliche Abteilung von Unilever, zuletzt deren Leiter und Chefvolkswirt.

37 Dr. Kurt Wolf (1903–1978), Jurist; 1931–1932 Mitarbeiter beim staatlichen Schlichter in Hannover, 1933–1945 in der Reichsarbeitsverwaltung, zuletzt Regierungsdirektor, ab 1945 Syndikus in Wirtschafts- und Arbeitgeberorganisationen, danach in der Firma H. Bahlsen, Hannover, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Ernährungsindustrie Niedersachsen/Bremen, Mitglied des Präsidiums der Landesvereinigung der niedersächsischen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände, stv. Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses des Bundesverbandes der deutschen Süßwarenindustrie, ehrenamtlicher Richter beim Bundesarbeitsgericht.

38 Dr. Rupprecht Dittmar (1914–1985), Diplom-Kaufmann; 1945 stv. Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Weimar, ab 1946 Referent für Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik beim CDU-Landesverband Thüringen, 1947 Stadtverordneter in Weimar, Mitglied des Kreistages, Vorsitzender der CDU-Fraktion, Leiter der Abteilung Betriebswirtschaft im Ressort Wirtschaftspolitik der DAG, 1955 Vorsitzender der Hamburger Sozialausschüsse, 1958–1968 Vorstandsmitglied der BfA.

39 Johann Peter Gier (1900–1961), Gewerkschaftssekretär; 1959–1961 Präsident der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Russe ⁴⁰ , Königswinter	SA
Stein, Köln	BDI
Tacke, Düsseldorf	DGB

(Adenauer: Bei Herrn Russe muß aber das „SA“ wegfallen. – Ich bitte Sie, ihm einen anderen Buchstaben zu geben. – Heiterkeit. – Von Hassel: Bei Herrn Stein muß das „BDI“ weg!)

Schließlich sind noch die Mitglieder des Bundeskabinetts – Blank, Erhard, Etzel, Lindrath, Lücke, Schröder und Staatssekretär Strauß – geborene Mitglieder. Die Mitglieder des Bundeskabinetts werden alle Einladungen bekommen; sie können jederzeit erscheinen. Wir haben auch Kontakt zur CSU. Herr Haindl⁴¹, der Vorsitzender des Wirtschaftsbeirats der Union e.V.⁴² ist, hat an unseren Sitzungen entweder selbst teilgenommen oder sich vertreten lassen. Herr Dollinger⁴³ kommt auch aus der CSU.

Das sind also die Vorschläge, und ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie es so akzeptieren würden. Wir sollten pragmatisch vorgehen. Sollte sich ergeben, daß der eine oder andere nicht funktioniert und ein begründeter Wunsch entsteht, den einen oder anderen noch hinzuzunehmen, so könnte das von Fall zu Fall durchaus geschehen. Ich bin in keiner Weise starr gewesen. Ich bin der Meinung, wir sollten glücklich sein über jeden, der bei uns eine aktive Mitarbeit leistet. Wir sollten auch ruhig zusätzlich den einen oder anderen aufnehmen; denn es ist ja keine mathematische Aufgabe, die hier gelöst werden soll, sondern es ist eine Lösung für eine gute fachliche und sachliche Arbeit. Wir sind mit diesem Prinzip bisher gut gefahren.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Liste annähmen. Es kann noch die eine oder andere Unebenheit darin sein, aber wir haben uns sehr viel Mühe gemacht. Es ist ein Querschnitt durch die Herren, die bei uns schon mitgearbeitet haben, und durch solche, die die begründete Hoffnung in sich tragen, daß sie bei uns mitarbeiten werden.

40 Hermann Josef Russe (geb. 1922), Dipl.-Volkswirt; Mitgründer der CDU Bochum, 1952–1963 Bildungsreferent in den Sozialausschüssen der CDA, 1963–1966 Hauptgeschäftsführer, seit 1966 Vorstandsmitglied der VEBA, 1958–1966 Mitglied des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Wirtschafts- und der Europäischen Atomgemeinschaft, 1965–1980 MdB.

41 In der Vorlage: Hainle. – Dr. Georg Haindl (1914–1970), Fabrikant; Präsident der IHK Augsburg, Vorsitzender des Vereins der Bayerischen Papier-, Pappen-, Zell- und Holzstoffindustrie, Verwaltungsratsvizepräsident der Deutschen Bundesbahn, Vorsitzender des Wirtschaftsbeirats der Union e.V.

42 In der Vorlage: Wissenschaftsbeirat der Jungen Union.

43 Dr. Werner Dollinger (geb. 1918), Diplomkaufmann; Mitgründer der CSU, 1946–1964 im Stadtrat von Neustadt, 1946–1948 und 1952–1964 im Kreistag, 1953–1990 MdB, 1957–1961 und 1969–1976 stv. Vorsitzender der CSU-Landesgruppe, 1961–1962 Vorsitzender, 1962–1966 Bundesschatzminister, 1966 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1966–1969 für das Post- und Fernmeldewesen, 1982–1987 für Verkehr.

Adenauer: Das Wort hat Herr Scheufelen.

Scheufelen: Ich bitte, bei Nr. 12 eine Änderung vorzunehmen. Südbaden hat den Herrn Faulhaber⁴⁴ gestrichen. Dafür soll genommen werden: Dr. Fritz Armbruster⁴⁵, Freiburg-Littenweiler, Hohlenstraße 4. Dr. Armbruster ist Bauunternehmer und Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses.

Etzel: Dazu ist nichts zu sagen, wenn jemand vom Landesverband gestrichen wird. Wenn Herr Armbruster Vorsitzender des örtlichen Wirtschaftsausschusses ist, dann ist er geborenes Mitglied.

Gurk: Ich sehe eine besondere Aufgabe gegenüber dem Mittelstand. Da können wir in gewisse Schwierigkeiten kommen. Wir haben einen Fabrikanten, Dr. Neuhaus⁴⁶, und einen Mittelständler, den Konditormeister Emig⁴⁷, benannt. Da nun der Herr Neuburger als Fachmann noch hinein soll, hat man uns den Herrn Emig gestrichen. Ich frage an, ob wir ihn nicht dringend benötigen?

Etzel: Man sollte das in einem Gespräch zu regeln versuchen. Ich bin über Ihre Nominierung nicht restlos glücklich, weil ich nicht glaube, daß die Zigarrenindustrie, die bei Ihnen eine Rolle spielt, hier eine Konzentration sämtlicher Industriezweige darstellt. Sollten wir darüber nicht noch einmal sprechen?

Adenauer: Darf ich persönlich sagen, ich bin Nichtraucher. Aber vor vielen Jahren hat Herr Neuhaus mir Zigarren für die Partei geschenkt; damals, als die Zigarren noch wirklich etwas wert waren. Das bitte ich doch zu berücksichtigen! (*Heiterkeit.*)

Blumenfeld: Herr Etzel? Ich weiß nicht, wie die Vorschläge von der Hamburger Seite aus zustande gekommen sind. Sie sind nicht ordnungsgemäß erfolgt. Wir haben in unserer Satzung stehen, daß nur der geschäftsführende Vorstand diese Vorschläge machen kann. Zwischen der letzten Bundesvorstandssitzung, wo der Passus beschlossen worden ist, und heute habe ich selbst keine Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes abhalten können. Ich muß Sie bitten, die Korrektur vorzunehmen. Zunächst ist der Vorsitzende unseres Wirtschaftsausschusses, Dr. Boeder⁴⁸, zu benennen. (*Etzel:* Anstelle von Münchmeyer⁴⁹?) Nein! Ich sage gleich, welche zu streichen sind. Dann kommt nach dem Alphabet Dr. Mühlradt⁵⁰,

44 Franz Faulhaber (1909–1965), Direktor der AEG-Niederlassung Freiburg.

45 Dr. Fritz Armbruster (geb. 1917), Jurist, Bauunternehmer; Vorsitzender des Mittelstandsausschusses der CDU Südbaden, Stadtrat in Freiburg.

46 Dr. Alfred Neuhaus (1892–1960), Zigarrenfabrikant.

47 In der Vorlage: Emil. – Karl Emig (geb. 1902), Bäckermeister und Kaufmann; 1960–1968 MdL Baden-Württemberg (CDU).

48 Dr. Erich Boeder (1897–1976), 1935–1957 Vorstandsmitglied und stv. Vorstandsvorsitzender der Deutschen Shell AG, 1957–1961 MdHB (CDU).

49 Dr. Alwin Münchmeyer (1908–1990), Bankier; 1956–1960 Präses der Handelskammer Hamburg, 1958–1962 Präsident des DIHT, 1962–1965 Präsident der ständigen Konferenz der Handelskammern der EWG-Länder, seit 1961 im Vorstand des Bundesverbandes der Deutschen Banken (1968–1975 Vorsitzender); Vorsitzender des Außenhandelsbeirats beim Bundesminister für Wirtschaft.

50 Dr. Karl August Ludwig Friedrich Mühlradt (1895–1987), 1946–1961 Hafenbaudirektor Hamburg, stv. Vorsitzender der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft.

Hafenbaudirektor in Hamburg, ein absoluter Wirtschaftsfachmann. Herr Münchmeyer mit der Einschränkung, daß er sich vorbehalten hat, aktiv mitzuarbeiten. Aber ich glaube, daß er es tun wird. Herr Schultze-Schlutius⁵¹, Senator a.D., Herr Gewandt⁵², Mitglied des Bundestages. Sie haben den Herrn Bock aufgeführt, Herr Etzel! (*Etzel*: Er war früher dabei!) Herrn Dr. Schüttauf wollen wir in den Agrarpolitischen Ausschuß delegieren. Herrn Scharnberg haben wir für den Wahlrechtsausschuß vorgesehen und nicht für den Wirtschaftspolitischen Ausschuß.

Adenauer: Das Wort hat Herr Krone.

Krone: Ich bin dafür, daß man Herrn Scharnberg hier beläßt, und zwar aus einer Reihe von Gründen. Ich begrüße es, Herr Etzel, daß Sie Vertreter der Arbeitnehmer genommen haben. Ich würde vorschlagen, daß Sie neben der DAG den Herrn Hahn vom DHV nehmen. (*Zuruf*: Wer ist das? – *Adenauer*: Deutscher Handlungsgehilfenverband!)

Ein Wort zu Herrn Tacke! Ich will nicht daran erinnern, daß er den Aufruf des Herrn Menzel „Kampf dem Atomtod“ mitunterschrieben hat. Das spielt hier keine Rolle. Ich bin auch davon überzeugt, daß er ein guter CDU-Mann ist, aber sollen wir ihn, den stellvertretenden DGB-Vorsitzenden, gerade hier als Mitglied haben? Ich wäre dafür, einen anderen Mann zu nehmen, der auch zu uns gehört und im DGB tätig ist. Wenn man Herrn Gier vorgesehen hat, der Vorsitzender des CGD ist, dann möchte ich sagen, das kann man nicht vergleichen, denn es ist von vornherein eine größere Sympathie zu den Herren, die den CGD führen, als zu den Herren, die den DGB führen, gegeben. Ich bin kein Gegner der Arbeitnehmer. Ich bin ganz ehrlich. Aber ich glaube, man sollte überlegen, wen man nehmen kann. Auch für Herrn Tacke selber halte ich es besser, ihn nicht zu nehmen. (*Blumenfeld*: Wir bitten von Hamburg aus, Herrn Dittmar nicht zu nehmen, und zwar aus ganz bestimmten Gründen!)

Dufhues: Ich habe den Eindruck, daß die gesamte Textilwirtschaft in dieser Aufstellung nicht berücksichtigt ist, Herr Etzel! Wenn das richtig ist, würde ich darum bitten, daß Sie die Liste insoweit ergänzen. Einen Vorschlag dazu will ich gerne machen.

Meyers: Wen haben Sie von der Schwerindustrie drin? Das scheint mir auch nicht bedacht worden zu sein. (*Etzel*: Herr Elkmann⁵³ ist dabei!) Halten Sie das für

51 Dr. Carl-Gisbert Schultze-Schlutius (1903–1969), 1948–1953 Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Hamburg, 1953–1957 Wirtschafts- und (ab 1954) Finanzsenator, 1957–1966 MdHB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 326 Anm. 104.

52 Heinrich Gewandt (geb. 1926), Drogist; 1949–1956 Vorsitzender der JU Hamburg, 1953–1957 MdHB (CDU), 1957–1976 MdB, seit 1965 Vorsitzender des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion.

53 Gerhard Elkmann (1904–1983), Diplomkaufmann; 1955–1969 Vorstandsmitglied der Hoesch AG, Aufsichtsratsvorsitzender der Textilwerke Ahaus, stv. Aufsichtsratsvorsitzender der Firma Schubert & Salzer Maschinenfabrik AG, der Firma Treuverkehr, der Firma Zahnradfabrik Friedrichshafen AG.

genügend? (*Etzel*: Herr Marx⁵⁴ ist im Aufsichtsrat von Harpen!) Ich dachte an Herrn Henle⁵⁵!

Adenauer: Ich würde es sehr begrüßen, wenn Herr Henle hineinkäme. (*Etzel*: Wir können leider nicht alle Wünsche realisieren. Wir hatten schon einmal 73 Mitglieder!) Herr Etzel! Sie werden mit Herrn Henle sprechen! Sagen Sie ihm, ich lege großen Wert auf seine Beteiligung. (*Etzel*: Ja! – *Von Hassel*: Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses in Schleswig-Holstein, Dr. Baur⁵⁶, ist nicht drin!)

Etzel: Von Schleswig-Holstein ist Herr Sureth⁵⁷ drin, der in der gesamten Wirtschaft ein großes Ansehen hat.

Von Hassel: Ich darf auf folgendes aufmerksam machen: Wir haben etwa zehn solcher Ausschüsse zu besetzen! Die Frage ist, ob sich der Gesamtvorstand das vorbehält oder ob er den geschäftsführenden Vorstand autorisiert, diese Besetzung vorzunehmen. Damit könnte er den Gesamtvorstand ja wesentlich entlasten, abgesehen vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß, dessen Besetzung wir heute erledigen wollen.

Etzel: Es ist eine solche Fülle von Vorschlägen gemacht worden, ich weiß nicht mehr ... (*Adenauer*: Warten Sie, es kommt noch einer!)

Albers: Wir sprechen heute über den Wirtschaftspolitischen Ausschuß. Ist die Wirtschaft eigentlich nur eine Angelegenheit der sogenannten Wirtschaftler, der Arbeitgeber, der Unternehmer und der Manager, oder ist sie nicht auch eine Angelegenheit der Verbraucherschaft und der Arbeiterschaft, die doch auch daran beteiligt sind? (*Adenauer*: Auch die Konsumenten!) Herr Bundeskanzler! Wenn Sie mir diesen Einwurf machen, müßte ich Sie an das Gespräch aus dem Jahre 1946 erinnern zwischen mir und den Herren Elfes und Pferdenges im Büro des Herrn Pferdenges. (*Adenauer*: Ein schönes Trio!) Ich will aber nicht darauf eingehen. Das wollen wir lieber weglassen.

Worauf ich Wert lege, ist folgendes. Wir werden den Ausschuß für Soziales paritätisch zusammensetzen. Und es muß auch im Wirtschaftspolitischen Ausschuß die Arbeiterschaft vertreten sein! Wir haben seit dem Jahre 1949 zusammengearbeitet. Nehmen Sie keine 100 Mitglieder, sondern lassen Sie es bei einer Zahl von 30 bis 40. Berücksichtigen Sie aber das, was wir vorgeschlagen haben. Wir sind mit unseren

54 Dr. Ferdinand Marx (1902–1973), Rechtsanwalt und Notar; Aufsichtsratsvorsitzender der C. Deilmann Bergbau GmbH, der Harpener Bergbau AG, der Volkswahl Krankenversicherung V.V.a.G.

55 Dr. Günter Henle (1899–1979), Industrieller, ab 1937 Geschäftsführender Teilhaber der Firma Klöckner & Co., Aufsichtsratsvorsitzender verschiedener Firmen; 1947–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrats (CDU), 1949–1953 MdB (Erinnerungen: Weggenosse des Jahrhunderts. 4. Aufl. Stuttgart 1969).

56 In der Vorlage: Bauer. – Dr. Friedrich Baur (geb. 1919) Landwirt.

57 Fritz Sureth (1897–1978), 1947–1965 Landes- bzw. Ministerialdirektor und Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr von Schleswig-Holstein, 1952–1966 Mitglied des Verwaltungsrats der Landesbank Schleswig-Holstein, 1954–1966 Vorsitzender des Arbeitsausschusses im Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost.

sechs Leuten sehr bescheiden. Der Herr Dr. Dittmar hat seit 1949 – Herr Etzel, ich rufe Sie als Zeuge – in Ihrem Ausschuß hervorragend mitgearbeitet. Heute ist er in der DAG. Herr Russe sitzt in Königswinter. Er ist auch in Luxemburg dabei und übernimmt wirtschaftspolitische Aufgaben bei den Sozialausschüssen.

Gegen Herrn Stein habe ich nichts einzuwenden, aber er ist nicht mein Vorschlag. Herr Tacke hat gesagt: Nur dann, wenn auch die Christlich-Demokratische Union als stärkste Partei im Bunde wirkt, ist auch für mich die Möglichkeit gegeben, im DGB entsprechend zu wirken. Herr Tacke hat das Wirtschaftspolitische Referat im DGB, er hat das Tarifpolitische Referat und einige andere. Warum sollen wir diesen Mann, der seit 1945 Parteimitglied ist und in Mönchengladbach die Partei mitgegründet hat, davon ausschließen? Warum sollen wir ihn ausschließen, frage ich Sie? Ich bin gerne bereit, noch deutlicher zu werden!

Ich habe die Bitte, daß Sie den Herrn Dr. Bock als Persönlichkeit nehmen, die auch bei den Düsseldorfer Leitsätzen entscheidend mitgewirkt hat. Ich würde weiter vorschlagen Herrn Fritz Pott⁵⁸ aus Bochum, der Mitglied des Hauptvorstandes der IG Bergbau ist. Dann ist die allgemeine Angleichung da. Dann haben Sie die Vertreter der Schlüsselindustrie, der Wirtschaft, also der Kapitalseite auf der einen Seite und die Vertreter der Arbeiter auf der anderen Seite.

Adenauer: Ich darf den Vorschlag machen, über die Frage der Arbeitnehmer eine Besprechung zwischen den Herren Etzel, Albers, Blank und Krone stattfinden zu lassen, damit wir hier nicht weiter über die Persönlichkeiten zu sprechen brauchen. Das ist immer etwas unangenehm.

Etzel: Es geht hier wie immer bei solchen Sitzungen. Jeder glaubt, vertreten sein zu müssen. Wenn man aber nachher das Ergebnis dieser Diskussionen ansieht, dann weiß man nicht, was man nun wirklich hat für die sachliche Arbeit. Wir haben aufgrund unserer Erfahrungen Vorschläge gemacht, und zwar im Kontakt mit den einzelnen Verbänden. Ich glaube, daß ich persönlich mit Herrn Albers einig bin. Ich bin einverstanden, daß wir uns zu viert über diese Frage noch einmal unterhalten, um das Bild abzurunden.

Das Problem mit Hamburg, Herr Blumenfeld, hängt ein bißchen daran, daß wir gestern abend telefonisch Ihre Vorschläge erst bekommen haben. Sie haben erklärt, woran das liegt, nämlich an technischen Gründen. Ich darf aber bitten, daß das Prinzip, das wir haben, beibehalten wird; denn es darf nicht so sein, daß die Leute, die aus anderen Gründen in den Wirtschaftspolitischen Ausschuß kommen, für ihren Raum überhaupt nicht mehr wirken können.

Dr. Bock hat früher das Seminar in Königswinter geleitet. Ohne Dr. Bock wären die Düsseldorfer Leitsätze nicht zustande gekommen. Dann ging er nach Hamburg. Er ist Vorsitzender der Verbraucherverbände. Das ist sehr wichtig. Herr Dittmar

⁵⁸ In der Vorlage: Bott. – Friedrich Pott (1907–1973), Bergmann; 1927–1933 Mitglied im Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, 1950 Sekretär der IG Bergbau, 1958–1968 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Bergbau.

ist sicher manchmal ein störrischer Mann; er hat manchmal obskure Ideen gehabt. (*Adenauer*: Obskur ist gut!) Er ist ein Mann, der lang mit uns zusammengearbeitet hat, und als er von Herrn Albers vorgeschlagen wurde, habe ich geglaubt, nicht nein sagen zu sollen. (*Albers*: Es sind in Hamburg neben Herrn Dittmar auch noch andere Schwierigkeiten! – *Adenauer*: Allerdings! – *Heiterkeit*.)

Herr Schüttauf ist ein großer Agrarexperte. Er sitzt in Hamburg. Mit Herrn Scharnberg habe ich nicht gesprochen. Er ist mein Schwager. Ich habe ihn kennengelernt durch den Herrn Bundeskanzler. Wir brauchten damals einen Wirtschaftsfachmann. (*Adenauer*: Bin ich an Ihrer Ehe schuld?) Ja, ganz sicher! Durch diese Bekanntschaft ist die Schwägerschaft entstanden. Nun nennen Sie andere Herren, Herr Blumenfeld. Darüber sollten wir sprechen. Wir sollten vier oder fünf in den Hauptausschuß ... (*Blumenfeld*: Das habe ich nicht gesagt!) An sich würde ich sagen, wir nehmen aus Hamburg einen Herrn oder zwei Herren. Sie sagen aber fünf! Wir müssen uns also verständigen, wen Sie haben wollen. Darüber können wir aber unter uns sprechen. Mir ist es gleich, ob Sie Herrn Boeder nehmen. Ich höre den Namen zum erstenmal. Ich habe ihn nie erlebt. Wenn er aber gut ist, bitte sehr! Ich sage nichts gegen ihn. Herrn Münchmeyer habe ich aus einer anderen Konzeption für wichtig gehalten.

Adenauer: Ich denke mit Schrecken daran, was es für eine heillose Diskussion geben wird, wenn wir uns über den Kulturausschuß unterhalten. Ob da auch ein solcher Andrang herrscht, weiß ich noch nicht. Aber wir können uns mit den Vorschlägen, vorbehaltlich des Ergebnisses der besonderen Besprechungen zwischen den Herren Etzel, Blank, Krone und Albers sowie Blumenfeld und Dufhues (Textil), einverstanden erklären.

Etzel: Wir müssen die Liste auch noch ändern wegen des Herrn Baur, wenn der Vorsitzender ist. (*Von Hassel*: Obwohl Herr Sureth ausgezeichnet ist!) Man sagt, das sei der Mann, der im Grunde Ihren Wirtschaftsaufbau gemacht habe. (*Von Hassel*: Das ist nicht ganz falsch!)

Adenauer: Damit wäre wohl – Gott sei Dank – der Wirtschaftspolitische Ausschuß perfekt. Ich hoffe, daß er einen guten Vorsitzenden wählt, Herr Etzel! (*Etzel*: Ja!)

Meyers: Meine Parteifreunde! Ich denke mit Schrecken daran, was aus den anderen Ausschüssen werden soll. Wir haben elf Ausschüsse. Nun haben wir einen Ausschuß durchexerziert. Wir haben voraussichtlich im Januar die nächste Bundesvorstandssitzung. Wenn wir also diese elf Ausschüsse überhaupt noch zu einer Arbeit vor dem Bundesparteitag bringen wollen, dann müssen wir das Verfahren ändern. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Ich möchte deshalb den Vorschlag aufgreifen, den Herr von Hassel gemacht hat, nämlich den geschäftsführenden Vorstand zu bitten, diese Ausschußbesetzung vorzunehmen; denn sonst müßten wir ja in Permanenz einige Tage lang vor Weihnachten mit dem großen Vorstand durchtagen.

Adenauer: Sind Sie einverstanden mit dem Teil der Ausführungen des Herrn Meyers, die ernst gemeint waren? Denn er würde vor Weihnachten gar nicht kommen. Davon bin ich überzeugt. Sind Sie einverstanden, daß wir die Angelegenheit dem

geschäftsführenden Vorstand überweisen? – Es erhebt sich kein Widerspruch. – Es ist so beschlossen.

VERSCHIEDENES

WAHL EINES BUNDESSCHATZMEISTERS FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS ZUM 30. APRIL 1960

Adenauer: Nun kommen wir zum Punkt Verschiedenes, und zwar haben wir hier zunächst die Wahl eines Bundesschatzmeisters für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. April 1960 vorzunehmen. Herr Scheufelen hat sich auf unseren Wunsch hin bereit erklärt, für diese Zeit das Amt des Bundesschatzmeisters zu übernehmen. Es sind da eine Reihe von juristischen Sachen zu machen. Wie es weiter wird nach dieser Zeit, das müssen wir sehen. Herr Scheufelen hat die Bedingung gestellt, daß er nur für diese Zeit gewählt wird. Das wollen wir mal abwarten. Wir können keine bedingte Wahl vornehmen. Wir werden jedenfalls keinen gegen Ihren Willen wählen, Herr Scheufelen.

Johann: Ich hatte Gelegenheit, mit Herrn Scheufelen darüber zu sprechen. Ich würde vorschlagen, kein Präjudiz zu schaffen, sondern feststellen, daß der Bundesschatzmeister durch den Bundesparteiausschuß gewählt wird und für die Übergangszeit der Vorsitzende der Finanzkommission die Geschäfte des Bundesschatzmeisters wahrnimmt.

Adenauer: Wenn das juristisch ausreicht?

Kraske: Der Vorstand hat freie Hand, bis zum 30. April eine Lösung zu treffen. Das ist vom Bundesausschuß ausdrücklich zugebilligt worden.

Adenauer: Dann wollen wir es so machen! – Über die auswärtige Lage möchte ich nachher noch einige Worte sagen. Herr von Brentano ist sehr stark in Anspruch genommen. Ich habe ihn gebeten, Ihnen etwas über die Flaggenfrage zu sagen, die draußen sehr viel Staub aufgewirbelt hat. Wir werden hierzu wahrscheinlich der Presse etwas sagen müssen.

FLAGGENFRAGE

Von Brentano: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Die Flaggenfrage ist durch die Verordnung der Regierung in Pankow vom 1. Oktober wieder akut geworden.⁵⁹ Sie wissen, daß an diesem Tage eine Verordnung erlassen worden ist, wonach die sowjetzonale Flagge mit dem neuen Emblem Ährenkranz mit Hammer und Zirkel versehen wurde. Wir haben schon wenige Tage darauf feststellen müssen,

⁵⁹ Vgl. Anm. 3.

daß man sich bemüht hat, diese Fahne zu hissen, nämlich in Stuttgart, in Wien, in Malmö und bei einer Sportveranstaltung in Paris. Gerade diese Versuche, im Ausland diese Fahne zu zeigen und damit den Anspruch zu erheben, als eigener souveräner Staat anerkannt zu werden, haben natürlich dazu beigetragen, uns in erster Linie mit dieser Frage zu beschäftigen.

Wir wurden, das möchte ich besonders betonen, in diesen vergangenen Wochen ständig – und werden es heute noch – von unseren eigenen Missionen gebeten, eine klare Stellungnahme der Bundesregierung herauszugeben als Sprachregelung für die Gespräche mit den befreundeten Regierungen. Wir werden auch hier ständig gefragt von den Botschaften, und zwar waren es die Vertreter der französischen Botschaft, der italienischen Botschaft, der schweizerischen Botschaft und der dänischen Botschaft: Wie haltet ihr es mit der sowjetzonalen Fahne? Wird das Zeigen dieser Fahne hier geduldet?

Wird es hier geduldet – ich brauche das kaum zu begründen –, dann können wir nicht annehmen und nicht erwarten, daß es irgendwo im Ausland verboten wird. Diese Frage hat zu verschiedenen Ressortbesprechungen geführt, auf die ich im einzelnen nicht eingehen möchte. Es ist eine Grundsatzvereinbarung zustande gekommen unter Mitwirkung von Vertretern der Länder, und zwar des Inhalts, daß es die übereinstimmende Auffassung der Regierungen von Bund und Ländern ist: Das Zeigen der Sowjetzonenfahne ist eine Störung der Verfassung und damit der öffentlichen Ordnung. Die zuständigen Behörden haben hiergegen nach Maßgabe dieser Richtlinien einzuschreiten. Ein Einschreiten ist erforderlich, wenn die Fahne in der Öffentlichkeit gezeigt wird. Hierunter fallen auch Sportveranstaltungen und Messen. Vorstehende Richtlinien gelten auch für das plakatismäßige Zeigen der Fahne oder der Sowjetzonenembleme.

In dieser Besprechung ist allerdings auch zum Ausdruck gekommen, daß man in verschiedenen Ländern die Frage gestellt hat, die man noch nicht zu beantworten weiß, ob überhaupt die bestehende gesetzliche Regelung, das Polizeirecht in den Ländern, die gesetzliche Grundlage für ein solches Einschreiten gebe. In den einzelnen Ländern gibt es das offenbar nicht. Z.B. im Saarland wurde das bezweifelt, so daß jedenfalls die Länder eine gesetzliche Grundlage für das, was wir hier vereinbart haben, nicht besitzen.

Zum zweiten wurde in der Besprechung darauf hingewiesen, daß jedes Vorgehen, wie wir es beschließen, einer Überprüfung durch die Verwaltungsgerichte unterliegt. Wir haben schon einige Entscheidungen in diesem Sinne erlebt. Ich darf erinnern, daß am 31. Juni dieses Jahres in Saarbrücken ein Oberverwaltungsgericht eine Maßnahme der Polizeiverwaltung in Saarbrücken, die nämlich die Bezeichnung DDR verbieten wollte, außer Kraft gesetzt hat mit dem Hinweis, daß das Polizeiverwaltungsrecht für eine solche Maßnahme nicht zulässig sei.

Das war ein Grund, warum ich schon damals darauf hingewiesen habe, daß wir die Frage vorlegen sollten, ob wir nicht, um überhaupt diese Maßnahmen durchführen zu können, ein Bundesgesetz brauchen, das die klare Zuständigkeit ausspricht. Das

scheint mir um so notwendiger zu sein, als wir in der Vergangenheit gesehen haben – und wir erleben es bis in die jüngste Gegenwart hinein –, daß die Bereitschaft, hier in dieser Frage eine konsequente Haltung zu zeigen, nicht überall anzutreffen ist.

Ich darf daran erinnern, wie sich die Ausstellung in Bremen vollzogen hat. Trotz einer Vereinbarung, die früher getroffen worden war, daß eine Firmenbezeichnung Deutsche Demokratische Republik nicht zulässig sei, hat man dort zwischen der Messegesellschaft und der Sowjetzone vereinbart, daß die Bezeichnung „10 Jahre Aufbauarbeit der Deutschen Demokratischen Republik“ gezeigt werden dürfe. Man hat es dann vom Senat aus mit einem Protest bewenden lassen, aber man hat die Ausstellung eröffnet, auf der dieser Pavillon der DDR zu sehen war.

Es ist weiter gesagt worden in einer Pressekonferenz, die kurz nach dem Gespräch mit den Ressorts abgehalten wurde, und zwar von Vertretern des deutschen Sports, man werde sich natürlich an diese Vereinbarung halten, jedoch müsse man in Aussicht nehmen, daß gewisse Ausnahmen geduldet werden müßten bei internationalen Sportveranstaltungen; bei internationalen Sportveranstaltungen – wohlverstanden, nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland! Es müsse also möglich sein, im Interesse der Durchführung internationaler Sportveranstaltungen den rigorosen Standpunkt aufzugeben und das Zeigen der Sowjetzonenfahne auch in Deutschland zuzulassen.

Sie sehen weiter aus der Vereinbarung, aus der ich eben zitiert habe, daß man sich darüber klar war, und zwar aus wirtschaftlichen Gründen und aus Gründen, die mit der Versorgung zusammenhängen, das Zeigen dieser Fahne in der Binnenschifffahrt und im Seeverkehr zuzulassen und nicht zu beanstanden. Nach den letzten Mitteilungen, die ich bekommen habe, ist man schon weit über das hinausgegangen. Einige deutsche Reedereien sind bereit, wenn sie sowjetzonale Häfen anlaufen, bereits die Sowjetfahne zu zeigen. (*Von Hassel*: Wer ist das? Es muß uns gesagt werden, wer es ist, dann werden wir mit den Leuten reden!)

Ich habe deswegen auch das Kabinett gebeten, diese Frage noch einmal zu besprechen. Das wird in den nächsten Tagen geschehen. Dies ist um so notwendiger, als inzwischen eine zweite Flaggenfrage aufgekommen ist, nämlich diese Vereinbarung zwischen den beiden sogenannten Nationalen Olympischen Komitees.⁶⁰ Hier hat sich langsam, aber sicher eine Entwicklung vollzogen, die natürlich heute nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

Es ist der Sowjetzone langsam, aber stetig gelungen, in die meisten oder in zahlreiche – ich weiß die Zahl nicht – internationale Sportorganisationen als gleichberechtigtes Mitglied hineinzukommen. Ich glaube nicht, daß unsere Sportverbände hier die nötige Aufmerksamkeit und das nötige Fingerspitzengefühl sowie die erforderliche politische Verantwortung gezeigt haben; denn sie müßten doch bei solch wichtigen

60 Vgl. „Die Welt“ vom 20. November 1959; Rundfunkinterview mit Staatssekretär Franz Thedieck (Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen) im WDR am 20. November 1959 (ACDP VI-010-672).

Dingen auch einmal vorher mit uns sprechen und abwarten, was geschehen kann, um solche Dinge zu verhindern.

Bis zum Frühjahr allerdings war es so, daß nach der Meinung des Internationalen Olympischen Komitees nur die Bundesrepublik Deutschland Mitglied war. Man war nicht bereit, über eine Mitgliedschaft der Zone als ordentliches Mitglied bei olympischen Veranstaltungen zu diskutieren. Das war noch im Frühjahr die Haltung, die der Präsident des IOC, Brundage⁶¹, eingenommen hat. Inzwischen waren die Versuche im Gange, eine gesamtdeutsche Mannschaft zu bilden in verschiedenen Bereichen; eine gesamtdeutsche Mannschaft, die schon bei den letzten Olympischen Spielen mit einer erträglichen Konzession unter der schwarzrotgoldenen Fahne aufgetreten ist. Man hat damals auch auf das Spielen der Nationalhymne verzichtet. Man hat bei den letzten Olympischen Spielen „Freude, schöner Götterfunken“ gespielt, um eben einer Nationalhymne zu entgehen. Ob das richtig war, weiß ich nicht. Aber lassen wir jetzt diese Frage!

Nun hat in den letzten Besprechungen die sowjetzonale Vertretung in diesem Nationalen Olympischen Komitee ultimativ die Forderung gestellt, die Fahne müsse geändert werden; man sei nicht bereit, unter der schwarzrotgoldenen Fahne, die die Bundesrepublik hat, an den Olympischen Spielen teilzunehmen. Der Präsident des Olympischen Komitees – wir haben heute abend eine Besprechung mit dem Bundeskanzler, und wir hoffen, daß diese Schwierigkeiten überwunden werden – hat dann vorgeschlagen, in die schwarzrotgoldene Fahne die fünf olympischen Ringe aufzunehmen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte zu der Frage einige grundsätzliche Bemerkungen machen. Ich bin mir völlig im klaren darüber, daß uns gewisse Teile der Öffentlichkeit in dieser Flaggenauseinandersetzung Vorwürfe machen, daß sie uns Intransigenz, Mangel an Wiedervereinigungswillen, Mangel an Verständnis für die Notwendigkeit gesamtdeutscher Begegnungen und alles das vorwerfen. Aber ich darf auch sagen, daß in dieser ganzen Auseinandersetzung über die Flaggenfrage – wie ich bisher feststellen konnte – der überwiegende Teil der deutschen Presse eine sehr klare Haltung eingenommen hat. Die „Frankfurter Allgemeine“, die „Welt“ und andere Zeitungen haben eine sehr klare Haltung eingenommen.⁶²

Ich möchte als meine Meinung hier sagen: Die Tatsache, daß die Sowjetzone ihre Fahne geändert und dieses kommunistische Emblem hineingesetzt hat, ist natürlich ein weiterer Versuch, sich auf diesem Wege als selbständiger souveräner Staat zu gerieren und mit diesem Emblem die internationale Anerkennung zu gewinnen. Ich möchte ganz offen sagen, wenn wir von der Bundesrepublik dem nichts entgegenhalten, wenn wir nicht bereit sind, auch gewisse Verstimmungen in Kauf zu nehmen, wenn wir

61 Avery Brundage (1887–1975), ab 1929 Vorsitzender des Nationalen Olympischen Komitees der USA, seit 1936 Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees, 1952–1972 dessen Präsident.

62 Pressespiegel in UiD Nr. 47 vom 26. November 1959 S. 3.

nicht eindeutig sagen, daß solche Fahnen in der Bundesrepublik aus keinem Anlaß, auch nicht bei internationalen Sportveranstaltungen oder sonstwie, gezeigt werden dürfen, dann können wir diese These auch nicht mehr im Ausland aufrechterhalten. Dann laufen wir diese Gefahr, von der ich gesprochen habe, auf die ich nochmals aufmerksam machen möchte. Ich könnte Ihnen lange Berichte darüber verlesen, die wir bekommen haben, wonach keine ausländische Regierung päpstlicher sein will als der Papst. Das Dulden dieser Fahne aus irgendeinem Anlaß oder unter irgendeinem Vorwand öffnet diesem Emblem im Ausland endgültig Tür und Tor, und damit wäre ein weiterer Schritt zur Anerkennung der DDR als eigener und souveräner Staat gegeben. Denn in der Konsequenz dieser Haltung verliert unsere Haltung bezüglich der Wiedervereinigung in der ganzen Welt ihre Glaubwürdigkeit. Und ich frage mich und frage Sie, ob wir uns das leisten können!

Das gilt nach meiner Meinung auch von dem sogenannten Kompromiß in der Frage des Olympischen Komitees. Ich glaube nicht, daß irgendein Land es zuließe, daß man seine Fahne um fünf Ringe vermehrt, weil eine Handvoll kommunistischer Funktionäre das als Preis verlangt für das sogenannte gesamtdeutsche Sportleben. Ich bin mir völlig darüber im klaren, daß es sicherlich eine Erschwernis bedeutet für den gesamtdeutschen Sport. Ich bin mir klar darüber, daß diese menschlichen Begegnungen sicherlich sehr wichtig sind und daß wir uns auch nicht mit einem Satz darüber hinwegsetzen können, wenn wir die Frage stellen, wenn diese sportlichen Begegnungen zwischen den Menschen der Zone und uns erschwert werden. Ich erkenne das alles völlig an, aber ich frage mich, ob wir nicht auf einem gefährlichen Wege sind, wenn wir uns Schritt für Schritt abbringen lassen, wenn wir Schritt für Schritt eine Konzession nach der anderen machen.

In solchen Entwicklungen erkennt man den ersten Schritt, aber nicht den letzten, und ich sehe es kommen, daß wir unter dem ständigen Drängen nach einem gesamtdeutschen Handgemenge – wie Carlo Schmid es so schön ausgedrückt hat⁶³ – Schritt für Schritt entgegenkommen, so daß wir dann da stehen, wo leider ein großer Teil der Öffentlichkeit und der deutschen Parteien schon steht, nämlich bei den Vorstellungen, die im Deutschlandplan der SPD⁶⁴ und in den Vorschlägen der FDP zum Ausdruck kommen.

Ich wiederhole noch einmal: Von meinem Standpunkt aus als dem Verwalter des Ressorts des Auswärtigen möchte ich ganz offen sagen, wenn wir hier nicht die Grenzen erkennen und nicht bereit sind, das Letzte zu tun, um diese Grenzen einzuhalten, dann halte ich es für völlig unmöglich, unsere bisherige Politik im Ausland mit Glaubwürdigkeit und Erfolg zu vertreten. Dann müssen wir damit rechnen, daß auf diesem Wege und auf anderen Wegen – und die Sowjetzone ist erfindungsreich genug, um neue Wege zu finden – die Sowjetzone langsam, aber sicher es fertigbringt, in das Bewußtsein der Menschen als ein gleichberechtigter

⁶³ Nicht zu ermitteln.

⁶⁴ Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1958/59 S. 397–401.

und souveräner deutscher Staat zu treten. Und was das für die künftige Entwicklung bedeutet, noch dazu in einer solchen Lage wie der unsrigen, das wissen Sie.

Wir stehen vor entscheidenden internationalen Konferenzen, und manches, was man hört, liest oder erfährt, ist geeignet, einen nachdenklich zu stimmen; denn man spürt, daß große Teile in der Welt etwas müde werden, so daß die Vermutung nicht ausgeschlossen ist, man könnte wegen der Fahne die Deutschlandfrage eine Zeitlang ausklammern, um Ruhe zu finden; man könnte sich also über diese deutschen Querelen hinwegsetzen.

Gerade in dieser Zeit, meine Damen und Herren, haben wir die Verpflichtung, noch wachsamer, noch konsequenter, noch sorgsamer und sorgfältiger zu sein als bisher. Wenn wir das nicht tun, dann müssen wir uns über die Konsequenzen klar sein! (*Beifall.*)

Adenauer: Ich möchte die Ausführungen des Herrn Kollegen von Brentano sehr nachdrücklich unterstützen. Er hat gesprochen von den Konferenzen, die jetzt bevorstehen. Sie wissen, daß wir vorige Woche in Großbritannien waren.⁶⁵ Es waren da ziemlich erhebliche Differenzen zu beseitigen. Wir sind auf dem Wege dazu, mit Großbritannien in diesen Fragen einig zu werden. Am Dienstag werden wir zur Pariser Regierung fahren. Es wird ein mehrstündiges Gespräch stattfinden zwischen Herrn de Gaulle und mir – wahrscheinlich allein.⁶⁶ Dann kommt vom 19. bis 21. Dezember die Zusammenkunft der vier Westmächte in Paris.⁶⁷ Diesmal schließe ich die Bundesrepublik als Westmacht ein.

Dann wird Chruschtschow nach Paris fahren.⁶⁸ Er wird alles daransetzen, um de Gaulle und Frankreich auf seine Seite zu ziehen. Vielleicht haben Sie die enthusiastischen Artikel gelesen und das, was er von sich gegeben hat, als er die Einladung von de Gaulle erhielt. Wann dann die Ost-West-Gipfelkonferenz stattfinden wird, ist noch ziemlich ungeklärt; keinesfalls vor der zweiten Aprilhälfte.⁶⁹ Dann wird der Präsident der Vereinigten Staaten den Besuch in Rußland erwidern. Es kommt die große Pause in der gesamten Außenpolitik wegen des amerikanischen Wahlkampfes. Im Juni werden die beiden Parteien ihre Kandidaten nominieren, und von Ende Juni ab spielt die Außenpolitik in Amerika keine Rolle mehr, und die stärkste Macht des Konzerns der freien Mächte scheidet aus.

65 Vom 17. bis 19. November 1959 – AdG 1959 S. 8064; ADENAUER: *Erinnerungen* 4 S. 13.

66 Adenauer und von Brentano weilten am 1. und 2. Dezember 1959 in Paris. Adenauer war an beiden Tagen Gast de Gaulles beim Mittagessen und führte mit ihm am 2. Dezember ein fast dreistündiges Gespräch unter vier Augen. Vgl. AdG 1959 S. 8088f.; ADENAUER: *Erinnerungen* 4 S. 15–21.

67 AdG 1959 S. 8036f., 8125–8127; ADENAUER: *Erinnerungen* 4 S. 22–28.

68 Chruschtschow war vom 23. März bis 17. April 1960 in Frankreich. Vgl. AdG 1959 S. 8050, 8061; ebd. 1960 S. 8279, 8313–8318.

69 Am 16. und 17. Mai 1960. Vgl. AdG 1960 S. 8400–8407; ADENAUER: *Erinnerungen* 4 S. 42–51.

Sie sehen, meine Freunde, aus dieser Kette von Begegnungen, Reisen und Konferenzen die Gefahr, in der augenblicklich die Außenpolitik in der Welt schwebt. Ich brauche Sie nur hinzuweisen auf einen Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ von gestern: „Die „Prawda“ würdigt Außenminister Herter“.⁷⁰ Herr Herter hat in Washington eine Rede gehalten – vorher in New York –, die von der „Prawda“ mit großer Freude zitiert worden ist. Die „Prawda“ lobt Herrn Herter außerordentlich; sie lobt ihn insbesondere wegen eines Satzes, den er ausgesprochen hat. Er hat gesagt – ich verlese wörtlich –: „Besondere Zustimmung der „Prawda“ findet Herters Bemerkung über die veralteten Schwarzweißbegriffe, mit denen man sich bisher den Kommunismus als etwas hundertprozent Feindseliges vorgestellt habe.“ (*Zurufe: Hört, Hört!*) Das ist ein Satz, meine Freunde, der mich sehr erstaunt hat; ein Satz, wie er bisher von keinem amerikanischen Politiker ausgesprochen worden ist; ein Satz, der uns sehr bedenklich stimmen muß.

Es kommt ein weiteres hinzu. Die Frage Berlin wird in einer Ost-West-Konferenz jedenfalls eine Rolle spielen. Ich habe neulich den Herrn Brandt hier gehabt⁷¹ und habe ihn gefragt, ob er und der Senat von Berlin einverstanden seien mit dem letzten Vorschlag auf der Genfer Konferenz, den dort der englische Staatssekretär Selwyn Lloyd vorgelegt hat.⁷² Herr Brandt hat mir erklärt, daß er gar nicht damit einverstanden sei und daß vom Berliner Standpunkt aus betrachtet jeder Beschluß über eine Änderung des Status' von Berlin ein Schade sei. Ich verstehe den Standpunkt durchaus. Ich habe infolgedessen auch Herrn Brandt gebeten, ehe ich nach Paris fahre, hierher zu kommen, damit er mir seine Konzeption und die des Berliner Senats über die Berlin-Lösung noch einmal sagt, so daß ich darüber mit de Gaulle sprechen kann. Ich glaube, Sie werden mit mir darin übereinstimmen, daß wir eine Konzeption, von der der Berliner Senat sagt, sie schmälere die Rechte und schwäche die Basis Berlins, nicht akzeptieren können. Das ist eine sehr wichtige Frage; denn es wird von Amerika und voraussichtlich auch von Großbritannien an uns die Forderung gestellt werden, einer Lösung zuzustimmen, die den jetzigen Status von Berlin ändert.

Und da hinein kommt nun diese Sache der SED. Und was das Bedauernswerteste dabei ist, ist doch, daß ein Amerikaner – ich habe den Namen jetzt nicht gegenwärtig – (*Zuruf: Brundage!*) die Bestimmung erlassen hat: Die Deutschen haben zu führen eine schwarzrotgoldene Fahne mit den fünf Ringen. – Ich finde das ganz unmöglich. Ich werde es auch bei der nächstkommenden Gelegenheit – wir haben z.Z. keinen amerikanischen Botschafter hier⁷³ – dem amerikanischen Botschafter sagen. Ich werde es aber auch den Herren vom Sport sagen, mit denen wir heute abend zusammenkommen, daß ich keinem das Recht zugestehen kann, einfach zu

70 FAZ vom 24. November 1959.

71 Am 12. November 1959 (TERMINKALENDER).

72 Vgl. AdG 1959 S. 7780–7783, Interimsvorschlag: S. 7781f.

73 Der US-Botschafter David K.E. Bruce war mit Wirkung vom 1. November 1959 von seinem Posten in Bonn zurückgetreten (AdG 1959 S. 8047), sein Nachfolger Walter C. Dowling trat sein Amt erst am 1. Dezember 1959 an (BULLETIN vom 5. Dezember 1959 S. 2301).

bestimmen, welche Flagge die Deutschen bei einer solchen Veranstaltung zu zeigen haben, während alle anderen Staaten ihre Nationalflagge zeigen. (*Von Brentano: Sehr gut!*) Das ist nach meiner Meinung unmöglich! Das können wir unter keinen Umständen mitmachen! (*Von Brentano: Sehr richtig!*)

Ich beobachte überhaupt einen gewissen Trend der Verständigung mit Sowjetrußland bei einigen unserer westlichen Verbündeten; einen Trend, der mir sehr große Sorgen macht, denn er geht natürlich auf Kosten der Zone und damit auch auf Kosten Berlins. Ich teile ganz die Auffassung von Herrn von Brentano: *principiis obsta!* – Wir müssen zeigen, daß wir auch ein Nationalgefühl haben. (*Von Brentano: Sehr gut!*) Wir haben den schweren Fehler in der Vergangenheit gemacht, daß wir – wenn es auch an sich richtig ist – die Bundesrepublik immer als ein Provisorium bezeichnet haben; dadurch ist ein richtiges Nationalgefühl im deutschen Volke nur sehr langsam erwacht. Ich bin der Auffassung, daß die Bundesregierung die Pflicht hat, an dem festzuhalten, was sie beschlossen hat. Ich werde auch morgen dem Kabinett vorschlagen, daran festzuhalten. Und wenn darüber die Einigkeit zwischen der Zone und uns bei den Olympischen Spielen auseinandergeht, dann ist das in meinen Augen kein weltgeschichtliches Ereignis. (*Von Brentano: Sehr richtig!*) Das möchte ich mit allem Nachdruck sagen. Aber ein geschichtliches Ereignis, vielleicht ein weltgeschichtliches Ereignis, ist es, wenn wir anfangen, hier nachzugeben und schlappzumachen.

Es lag mir daran, da Sie heute hier zugegen sind, Ihnen unseren Standpunkt, sowohl den von Herrn von Brentano wie auch meinen und den des Kabinetts – ich zweifle nicht daran –, einmal vorzutragen.

Dufhues: Im Grundsatz stimme ich all dem zu, was Sie, Herr Bundeskanzler, und Sie, Herr von Brentano, gesagt haben. Ich bitte aber zu überlegen, ob es sinnvoll ist, die Frage des Zeigens der Sowjetzonenflagge durch ein Bundesgesetz zu regeln. Das ist kein föderalistisches Problem, sondern eine Frage der Zweckmäßigkeit. Herr von Brentano hat darauf hingewiesen, daß einzelne Länder nicht bereit seien, mit der Konsequenz gegen diese Flagge vorzugehen, wie es in anderen Ländern geschieht.

Darf ich darauf hinweisen, daß der Prozeß der Aufweichung bereits seit Jahr und Tag in dieser Frage eingesetzt hat, und zwar nicht zuletzt durch das in Millionenaufgabe verbreitete Werk-System⁷⁴ (?). Jeder Verkaufsdirektor und jeder Verkaufsprokurist eines westdeutschen Unternehmens hat sich gerne in Leipzig und Lübeck darauf eingelassen. In den Unterschriften finden Sie die Bezeichnung Deutsche Demokratische Republik. Dort werden Bilder mit Ulbricht abgebildet usw., die nun in die Hände der Arbeiter gelangen.

Ich bitte zu überlegen, ob nicht die Abmachung, die zwischen den Ländern und dem Bund zur Frage des Zeigens der Flagge getroffen worden ist, ausreicht. Wir sind davon ausgegangen, daß jedes Zeigen dieser Spalter- oder Separatistenflagge gegen

74 Nicht zu ermitteln.

die Polizeiordnung verstößt. Jeder Verstoß gegen die verfassungsmäßige Ordnung ist zugleich mit polizeilichen Mitteln zu ahnden.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß es in Saarbrücken anders ist, Herr Röder⁷⁵! Es bedarf einer Klarstellung, aber nicht einer gesetzlichen Änderung. Wenn diese Auffassung Allgemeingut der deutschen Länder ist, besteht eine Möglichkeit, mit Festigkeit, aber auch mit der gebotenen Elastizität gegen das Zeigen jedes Symbols der Sowjetzone auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland einzuschreiten. Es besteht Einigkeit darüber, daß gegen das Zeigen eines geringfügigeren Symbols, z.B. als Zeichen, das man am Rock trägt, nicht mit allen Konsequenzen eingeschritten werden kann. Es gibt Dinge, die mit polizeilichen Mitteln nicht bis zur letzten Konsequenz verfolgt werden können.

In Nordrhein-Westfalen habe ich ganz klare Anweisung gegeben, daß jedes Zeigen dieser Flagge bei einem Sportfest mit polizeilichen Mitteln verhindert wird; und wenn Tausende toben, dann sollen sie lernen, ein Nationalgefühl zu entwickeln. Ich habe aber die Möglichkeit, mit polizeilichen Mitteln vorher auf die Sportverbände einzuwirken, um solche Dinge von vornherein zu verhindern. Diese polizeiliche Möglichkeit, die sich in Jahrzehnten bewährt hat, sollte man ruhig als geeignetes und praktisches Mittel zur Bekämpfung des Zeigens der Spalterflagge akzeptieren.

In der Frage des Zeigens der deutschen Fahne bei den Olympischen Spielen bin ich durchaus Ihrer Auffassung. Ich halte es für selbstverständlich, daß auch den Olympischen Komitees nicht das Recht zugestanden werden kann, unsere Fahne beliebig zu ändern. Wenn bei den Olympischen Spielen eine Fahne gezeigt wird, die nicht die Fahne der Bundesrepublik Deutschland ist, dann können wir von den übrigen Nationen nicht verlangen, daß sie unsere Fahne so schützen, wie dies z.B. in Frankreich geschehen ist.

Schröder: Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Dufhues gesagt hat. Wir haben die Absicht, an der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern festzuhalten. Herr von Brentano ist in der Beziehung etwas anderer Meinung. Aber ich glaube, daß diese Vereinbarung alle praktischen Fälle decken wird. Sollten wir dabei irgendwo mal reinfallen, z.B. beim Verwaltungsgericht, haben wir noch immer Gelegenheit, ein Gesetz zu machen. Wenn wir dann sagen, die Rechtsgrundlage reicht nicht aus, so ist das überzeugender, als wenn wir jetzt an der von allen Ländern akzeptierten Vereinbarung rütteln.

Das brennendere Problem ist diese Sache mit der Olympia-Flagge. Vieles ereignet sich hinter unserem Rücken. Der Sportbund hat zu einer großen Pressekonferenz eingeladen, die im Anschluß an die Besprechung beim Bundeskanzler stattfinden wird. Ich bin aufgefordert worden, an einer Fernsehsendung teilzunehmen, die direkt in das Programm übertragen wird. Wir werden uns überlegen müssen, wie wir heute abend

75 Dr. Franz Josef Röder (1909–1979), 1955–1979 MdL Saarland (CDU), 1957–1965 Minister für Kultus, Unterricht und Volksbildung, 1959–1979 Ministerpräsident. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 985 Anm. 117.

bei der Besprechung mit dem Herrn Bundeskanzler hinsichtlich der Öffentlichkeit taktieren. Es wäre sehr wertvoll, wenn wir eine einmütige Meinung in der Frage der Olympia-Fahne erzielen.

Ich unterscheide ganz deutlich davon die Spalterflagge. Das ist zunächst erledigt, aber das werden wir weiterbehandeln. In der Frage der Olympia-Flagge wäre es gut, wenn wir uns darauf stützen könnten – die Länder sind hier ja stark vertreten –, daß der Standpunkt der Bundesregierung auch in den Ländern vertreten wird. Ich bin, das sage ich ganz offen, am Freitag in der Kabinettsitzung eigentlich eher zögernd gewesen, weil ich mir sagte, die haben sich auf die Sache mit den fünf Ringen so weit eingelassen, daß es verflucht schwer sein wird, davon herunterzukommen. Aber je mehr ich darüber nachdenke, desto entschlossener werde ich überzeugt, daß wir diese Sache mit der Olympia-Flagge nicht mitmachen können. (*Zurufe: Sehr gut!*)

Ich habe darüber in einer Veranstaltung in Wuppertal⁷⁶ gesprochen. Unsere eigenen Freunde kritisierten diesen Beschluß der Bundesregierung. Ich habe ihnen gesagt: Machen Sie sich bitte eines klar. In Melbourne⁷⁷ hatten wir noch die schwarz-rotgoldene Fahne. Da haben wir hinsichtlich der Nationalhymne eine Konzession gemacht. Aber das ist nicht das eklatanteste Beispiel hierfür. Wir haben im Juni noch schriftliche Erklärungen der Sowjetzonenleute bekommen, daß selbstverständlich Schwarz-Rot-Gold in Frage komme. Aber dann ist es ihnen plötzlich eingefallen, ihre Flagge zu ändern. Ich habe gesagt: Wenn wir jedesmal dann, wenn es den anderen gerade einfällt, etwas Neues zu machen, ein Stück weiter zurückgehen, dann beugen wir uns tatsächlich der Diktatur einer totalitären kommunistischen Minderheit. Herr von Eckardt hat das mit ähnlichen Worten in einer Pressekonferenz⁷⁸ gesagt: Wenn wir uns in das Kielwasser begeben, bestimmen die anderen das Tempo. Dann fällt uns das Halt viel schwerer als jetzt.

Zusammengefaßt: Wir sollten in der Frage der Olympia-Flagge bei unserer Haltung bleiben und in der anderen Frage es bei der Regelung zwischen Bund und Ländern belassen.

Blumenfeld: Meine Auffassung in dieser Frage ist bekannt. Ich unterstütze die bisher gemachten Ausführungen hundertprozentig. (*Zurufe: Sehr gut!*) Ich bin sehr dankbar, daß das mit einer solchen Entschiedenheit von Ihnen, Herr Bundeskanzler, und von den Herren von Brentano und Schröder dargestellt worden ist. Dem noch etwas hinzufügen zu wollen, wäre müßig. Wenn wir irgendwie nachgäben, würde das in der Öffentlichkeit überhaupt nicht verstanden werden. Wir stünden dann praktisch allein da. Man würde uns tadeln wegen einer solch schlappen Haltung; es würden die Konsequenzen folgen, von denen Sie gesprochen haben.

⁷⁶ Rede „Die CDU vor neuer Bewährung“ auf dem Kreisparteitag der CDU Wuppertal am 21. November 1959 (ACDP I-483-412); vgl. „General-Anzeiger der Stadt Wuppertal“ vom 23. November 1959.

⁷⁷ 16. Olympische Sommerspiele vom 22. November bis 8. Dezember 1956.

⁷⁸ Zur Pressekonferenz vom 23. November 1959 vgl. FAZ vom 24. November 1959.

Nun frage ich mich: Ist es vielleicht nicht so, daß das Olympische Komitee, wenn zwischen der Ostzone und uns keine Einigung erzielt wird, wenn wir also hart bleiben, mit Recht, die Konsequenz zieht, daß nur die Mannschaft der Bundesrepublik bei den Olympischen Spielen in Squaw Valley und in Rom erscheinen darf, aber nicht die der separaten Ostzone. Ich bin mir nicht ganz klar, wie hier die Situation ist. Es wird nämlich immer von den interessierten Sportfunktionären, die eine merkwürdige, eine ichbezogene Politik betreiben, in die öffentliche Diskussion hineingestreut, daß dann, wenn wir auf unserem Standpunkt beharren, die Mannschaft der Bundesrepublik nicht erscheinen dürfe, aber die Mannschaft der Ostzone werde teilnehmen.

Das ist aber meiner Ansicht [nach] nicht der Fall, sondern umgekehrt ist es richtig; denn wir sitzen doch am längeren Hebel. Lassen wir doch den Druck der ostzonalen Sportler auf den Herrn Ulbricht wirken. Die wollen doch gern Medaillen in Rom und in Amerika gewinnen. Die wollen unbedingt dorthin. Hier haben wir doch endlich einmal etwas, was wir, rein taktisch gesprochen, ausnutzen können. Ich begreife es einfach nicht, daß die Sportfunktionäre Daume⁷⁹ und andere in der Presse diese Mitteilungen bringen, daß das große schädliche Folgen haben könne, wenn wir vielleicht ausscheiden müßten. Ich bin der Auffassung, daß wir in letzter Konsequenz, wenn es tatsächlich dazu führen sollte, daß wir nicht zu den Olympischen Spielen als Bundesrepublik Deutschland wegen dieser Frage gehen können, dann eben nicht gehen! (*Adenauer*: Sehr richtig! – *Von Brentano*: Sehr gut! – *Zurufe*: Bravo!)

Adenauer: Ich darf an den letzten Satz von Herrn Blumenfeld anknüpfen. Ich wäre nicht traurig, und zwar aus politischen Gründen, damit die freie Welt sieht, daß wir standhaft sind und nicht immer nachgeben! (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Von Brentano: Im Mai hat der Präsident des IOC, Brundage, erklärt: Entweder wird eine gesamtdeutsche Mannschaft aufgestellt, oder die Bundesrepublik entsendet allein eine Mannschaft. Das ist im Mai noch expressis verbis gesagt worden, so daß wir – wie Herr Blumenfeld gesagt hat – den Druck, von dem gesprochen wird, die DDR werde allein oder neben uns erscheinen, gar nicht zu fürchten brauchen.

Gerstenmaier: Wenn man auf die Idee kommt, die Olympia-Fahne durch eine Vereinsfahne zu ersetzen, dann fürchte ich, daß man dagegen nichts sagen kann; denn Vereinsfahnen werden jeden Tag gemacht. Aber wenn es sich um die Nationalflagge handelt, bin ich der gleichen Meinung wie Herr von Brentano, und zwar mit allen Konsequenzen! Das andere hat keinen Zweck, auch wenn sich einige „Helden“ einschalten, wenn der Krach losgeht, sondern ich bin schon dafür, daß man sich hier stark macht und sagt: Das lassen wir uns nicht gefallen von diesen Halunken in Pankow. (*Zurufe*: Sehr richtig! – *Von Brentano*: Sehr gut! – *Blumenfeld*: Ist auch meine Meinung!) Aber man muß sich dann darüber klar sein, daß wir [das] mit allen Konsequenzen durchstehen müssen, auch wenn wir dabei beschimpft werden.

79 Dr. Willi Daume (geb. 1913), 1950–1970 Präsident des Deutschen Sportbundes, ab 1956 Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees (1972–1976 Vizepräsident), 1961–1992 Präsident des Nationalen Olympischen Komitees der Bundesrepublik.

Was mir nicht gefällt, ist die Haltung der Opposition in dieser Sache, die ich auch im Ältestenrat ansprechen werde. Ich weiß nicht, was sie eigentlich will. Ich sehe jedenfalls aus diesen Oppositionsmeldungen, daß sie diese Sache für diskutabel halten! (*Zuruf*: Natürlich!) Ist das richtig? (*Krone*: Das ist richtig!) Dann bitte ich Sie, die CDU-Vertreter im Ältestenrat entsprechend diskret, aber streng zu instruieren. Ich möchte im Ältestenrat den Versuch machen, die SPD wieder auf die rechte Seite zu bringen. Das können wir aber nicht machen, wenn wir vorher mit ihr große Auseinandersetzungen in dieser Sache führen. Ich würde meinen, daß es möglich ist, die SPD zu gewinnen und damit eine gewisse Einheitlichkeit im Bundestag zur Darstellung zu bringen. Das wäre doch eine Hilfe für die Bundesregierung.

Schröder: Ich möchte noch auf eine Frage zu sprechen kommen, weil das heute abend möglicherweise angesprochen wird. Es ist vielleicht eine ganz andere Ausweichmöglichkeit gegeben, daß nämlich die gesamtdeutsche Mannschaft auf ein eigenes Flaggensymbol, ganz gleich welcher Art, verzichtet und sich nur der Olympia-Flagge bedient. Der Präsident des IOC hat gesagt, das würden die Leute vielleicht annehmen. Ob sie es jetzt noch tun werden, das weiß ich allerdings nicht. Wenn wir einen Blick in die sowjetzonalen Zeitungen werfen, sehen wir, daß die drüben nichts schneller zu tun hatten, als den Vorschlag von Brundage abzulehnen.⁸⁰ (*Zuruf*: Als wir es abgelehnt hatten, da haben sie es angenommen!) Man versichert den Sportlern, daß sie verhindert sind, mit den Westdeutschen an den Olympischen Spielen in einer gesamtdeutschen Mannschaft teilzunehmen. Die Gegenseite hat sich dieser Sache bedient, um nun ihre Propaganda zu entfalten.

Ich stelle deshalb hier zur Aussprache, was man dazu meint, wenn folgendes aufkommen sollte: Beide verzichten auf eine eigene Flagge und bedienen sich nur der Olympia-Flagge als solcher. Hält man das für akzeptabel? Der Beschluß der Bundesregierung sagt an sich, daß sie es nicht mit der nationalen Würde für vereinbar hält, wenn die deutsche Mannschaft unter einem anderen Emblem als der Bundesflagge teilnimmt. Ich frage nun, ist es ein anderes Emblem, wenn man überhaupt keines hat?

Adenauer: Herr Schröder, ich bitte Sie, diese Frage hier nicht zu stellen! (*Schröder*: Ich möchte ja nur fragen!) Das wird sich doch finden. Wenn wir hier nein sagen und dann bei der Besprechung erklären, das und das werden wir tun, ist das Nein absolut entkräftet. (*Schröder*: Ja, richtig!) – Das Wort hat Herr Lemmer.

Lemmer: Ich glaube, hier eine Nuance abweichen zu müssen. In allen wesentlichen Punkten stimme ich überein. Was Berlin betrifft, so darf ich wiederholen, wäre es verhängnisvoll, wenn am Status quo irgend etwas in Berlin geändert würde. Da besteht volle Übereinstimmung, auch mit allen politischen Kräften in Berlin. Was Herr von Brentano über die Spalterflagge gesagt hat, findet meine uneingeschränkte Zustimmung. Wir haben in Besprechungen mit den Sportlern – es bestand vorübergehend

⁸⁰ Vgl. FAZ vom 23. November 1959.

eine Unklarheit – festgestellt, diese Fahne darf auf dem Territorium des Bundesgebietes unter gar keinen Umständen gezeigt werden, auch nicht – was inzwischen Präsident Daume schriftlich mir bestätigt hat – bei internationalen Veranstaltungen auf deutschem Boden. Es gibt keine Ausnahme. Also, diese Frage braucht uns hier nicht zu kümmern. Da besteht volle Übereinstimmung.

In Besprechungen mit den führenden Herren der deutschen Sportbewegung, die natürlich meistens unpolitische Leute sind, haben wir fernerhin in Aussicht genommen, sie sollten daran festhalten, wie es beabsichtigt war und vom IOC bestätigt worden ist, daß einfach die Farben Schwarz-Rot-Gold ohne jedes Emblem auf der Olympiade gezeigt werden; denn es ist eine Groteske, aber es ist so! In der sogenannten Verfassung drüben steht: Die Nationalfarben sind Schwarz-Rot-Gold. – Dasselbe steht im Grundgesetz. Bis jetzt war das auch nicht Gegenstand irgendwelcher Auseinandersetzungen.

Nun sind Herr Daume und sein Unterhändler in Berlin – mit mir haben sie sich nicht in Verbindung gesetzt, wahrscheinlich um den Anschein zu vermeiden, daß sie von mir Direktiven entgegennehmen – entgegen der Haltung, die wir hier in Bonn in den Beratungen hatten, die ich eben erwähnte, zu einem Kompromiß gekommen – wie sie das nennen –, indem sie unter Protest der kommunistischen Sportfunktionäre darauf bestanden haben, daß die olympischen Ringe in den roten Streifen kommen. Die sowjetischen Funktionäre hatten einen weitergehenden Vorschlag gemacht. Herr Daume hat geschrieben – was ich auch bedaure –, er wäre froh gewesen, wenn er fest geblieben wäre bei dem, was hier bei den Beratungen in Bonn in Aussicht genommen worden war.

Nun stehen wir vor dem Tatbestand, daß die deutschen Sportbehörden in Übereinstimmung mit dem Internationalen Olympischen Komitee – wir haben heute morgen entsprechende Erklärungen in den Zeitungen lesen können⁸¹ – diesen Kompromiß akzeptieren. In Berlin habe ich mit eigenen Ohren gehört aus dem Ostberliner Rundfunk, daß Herr Daume beschimpft wurde, daß dieser Kompromiß, den wir hier behandeln, unerträglich sei. Erst am nächsten Tage, als der Beschluß der Regierung bekannt wurde, schwenkten sie plötzlich um und akzeptierten diesen Kompromiß. Vorher war er abgelehnt worden.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Opposition sich dieser Frage aus einem sehr einfachen Grund bemächtigt: Weil die Millionen deutscher Sportler unpolitisch sind, werden sie hier von einer Demagogie erfaßt, wenn es nicht gelingt, Herr Bundeskanzler, Herrn Daume zur Raison zu bringen. Darauf kommt es an. Ich habe in der Besprechung Herrn Daume gesagt: Wir können in einem freiheitlichen Staat Ihnen von der Regierung keinen Befehl geben, aber es gibt eine Staatsräson, um deren Beachtung ich Sie bitten muß. So habe ich mich wörtlich ausgedrückt.

⁸¹ Z.B. „Die Welt“ und „Bonner Rundschau“ vom 25. November 1959.

Wenn es Ihnen heute abend gelingt, den Präsidenten Daume zu dieser Staatsräson zu bringen, ist alles in Ordnung in meinen Augen. Wenn es Ihnen nicht gelingt, dann allerdings bitte ich, die Dinge doch noch einmal durchzudenken, zu welchen Konsequenzen wir kommen. Innenpolitisch haben wir zweifellos – das hat Freund Zeuner bestätigt – in der Masse der Sportler eine Stimmung gegen uns. Das muß einfach notiert werden; das können wir nicht leugnen. Dann haben wir auch das Internationale Olympische Komitee gegen uns. Der Präsident hat diese Entscheidung nun getroffen und glaubte, die Bundesrepublik zu stützen, weil er meinte, das sei ein tragbarer Kompromiß. Dieser Kompromiß entspricht doch der wirklichen Situation unseres gespaltenen Landes. Die Bundesrepublik ist nicht exklusives Mitglied des IOC, sondern nur bedingt. Leider, leider aber – ich stelle es fest, Freund Blumenfeld – ist seit vier Jahren die Zone bedingtes Mitglied im IOC; sie ist bedingt jetzt zugelassen⁸². (*Adenauer*: Was heißt bedingt?) Unter der Voraussetzung einer Verständigung mit der Bundesrepublik! (*Adenauer*: Aha! – *Unruhe und Bewegung*.)

Kommt die Verständigung nicht zustande, dann würde voraussichtlich – insofern wäre es nicht ganz so schlimm – Deutschland überhaupt nicht vertreten sein. (*Adenauer*: Dann geht die Welt nicht unter!) Die Welt geht nicht unter, aber ich muß gestehen, daß mir bei dieser Entwicklung nicht wohl wäre, und ich möchte empfehlen, alles zu tun, um mit den Herren des Sports heute abend zu einem Einvernehmen zu kommen und nicht von vornherein durch eine sehr betont starre Haltung mit Begriffen wie „nationale Würde“ usw. einen Widerspruch hervorzurufen, der m.E. politisch die Situation ... (*Blank*: Worin soll das Einvernehmen bestehen?) Indem man sie zu der alten Form bringt: Weg mit den olympischen Ringen, sondern nur Schwarz-Rot-Gold! So war es auch vorgesehen. Diese Einfügung der olympischen Ringe ist die Überraschung gewesen, die uns hier bereitet worden ist. Ich bin nicht irgendwie weich geworden. Ich habe gesagt, so sehr mir von meinem Ressort aus daran liegen muß, ein Minimum innerdeutscher Sportbeziehungen aufrechtzuerhalten, bin ich hier der Meinung, daß wir keine Konzession machen können, um diese Spalterfahne auf unserem Gebiet zuzulassen. Das ist auch durchgeschlagen. Drüben die, die haben auch ihre Schwierigkeiten; denn in Leipzig ist man auch nicht einverstanden mit diesen Schwierigkeiten, die hier entstanden sind. Die Jungens wollen Fußball spielen, Deutsche mit Deutschen; sie wollen im internationalen Wettkampf möglichst gemeinsam als Deutsche auftreten. Die Sportfunktionäre dagegen stehen auf einer ganz anderen Ebene. Das sind natürlich unsere Feinde, aber die einfachen Sportler sind nicht unsere Feinde. Sie sind ein Stück unseres Volkes. Und das macht es mit so schwer, hier so leichten Herzens über die Dinge hinwegzugehen. Ich möchte daher wirklich bitten, alles zu tun,

⁸² Am 18. Juni 1955 war die Aufnahme des NOK der DDR als provisorisches Mitglied in das IOC erfolgt.

um zunächst einmal mit Güte zu versuchen, Herrn Daume und Ritter von Halt⁸³ davon zu überzeugen, daß sie abgewichen sind von dem, was wir in den Beratungen mit dem Sportbund in Aussicht genommen haben, und daß es an ihnen liegt, das Internationale Olympische Komitee umzustimmen. Und wenn beide zusammenwirken, muß es gelingen. Das ist meine Meinung.

Adenauer: In dem, was Sie gesagt haben, Herr Lemmer, fehlte etwas sehr Wichtiges. Es fehlten einige Ausführungen über die politischen Folgen. Und die sind für mich entscheidend. Entscheidend muß doch für uns sein, wenn wir als Bundesregierung darauf eingehen, wie wirkt das außenpolitisch. Und da will ich Ihnen sagen, das wirkt außenpolitisch hunds miserabel, hunds miserabel geradezu! Das wird gewertet als ein weiteres Vordrängen Sowjetrußlands mit seiner Satellitenrepublik bei uns. Und das mache ich nicht mit! Die Bundesregierung und der Bundeskanzler haben die politischen Richtlinien zu bestimmen und nicht der Herr Daume und nicht der Ritter von Halt. Und wenn wir uns dem beugen, was Sportler sagen und machen, dann lassen wir doch lieber einpacken! Stellen Sie sich das doch einmal umgekehrt vor! Dann möchte ich mal sehen, ob die Beauftragten der Zone überhaupt nach Hause hätten zurückkehren dürfen, wenn die so nachgegeben hätten. Lassen wir doch einmal etwas von der Festigkeit und dem nationalen Willen zeigen, wie es die anderen tun. Darum möchte ich Sie bitten.

Stoltenberg: Ich möchte die Ausführungen von Herrn Lemmer in einem Punkt unterstützen. Über den Grundsatz sind wir uns völlig einig, daß wir alles tun müssen, um nicht unter dieser Kompromißflagge in Rom aufzutauchen. Ich habe hier angenommen, daß man die innenpolitischen Wirkungen eines Fehlens der Bundesrepublik Deutschland oder einer deutschen Mannschaft in Rom vielleicht etwas zu gering veranschlagt.

Herr Bundeskanzler! Sie haben darüber gesprochen, daß wir – selbstverständlich ohne Grundsätze preiszugeben – unsere Arbeit auf die kommende Wahl ausrichten müssen. Ich muß ganz offen sagen, mit Rücksicht auf die Kontakte zur Bevölkerung und zum Sport und aufgrund der politischen Problematik, die in der Vergangenheit sichtbar wurde, ist es für die Bundestagswahl im Jahre 1961 eine unnötige, vielleicht eine nicht wiedergutzumachende Belastung, wenn im Herbst 1960 in Rom bei den Olympischen Spielen die Bundesrepublik oder die Deutschen überhaupt nicht vertreten wären.

Was Herr Blumenfeld gesagt hat, stand gestern in der Zeitung. Heute steht etwas ganz anderes in der Zeitung, und zwar ist von Herrn Mayer⁸⁴ vom Olympischen Komitee nach Presseberichten erklärt worden, es sei durchaus denkbar, daß die anderen allein kämen. Ich möchte folgendes sagen: Wir müssen einen Weg finden, daß wir nicht mit einer entstellten und verstümmelten Bundesflagge antreten, aber

83 Karl Ritter von Halt (1891–1964), 1929–1964 Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees, 1951–1961 Präsident des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland.

84 Otto Mayer (1900–1970), 1946–1964 Kanzler des Internationalen Olympischen Komitees.

einen Weg, der gleichzeitig absolut sicherstellt, daß die Bundesrepublik entweder allein oder im Rahmen einer gesamtdeutschen Lösung dabei ist. Ich denke an das, was Herr Schröder zur Diskussion stellte, daß nämlich ein dritter Weg gefunden werden kann, der die Grundsätze wahrt und trotzdem ... (*Adenauer*: Der wahrt die Grundsätze nicht!)

Ich würde einen Unterschied sehen, ob man unter einer entstellten Bundesflagge oder unter einem neutralen Emblem antritt. Ich möchte sagen, man muß auf die politische Wirkung sehen, man muß auf die Menschen sehen, die mit einer emotionalen Stimmung begreiflicherweise an dieser Frage Anteil nehmen. Und das Fehlen der Bundesrepublik im Herbst 1960 könnte die Entscheidung im Jahre 1961 in einer außerordentlich negativen Weise vorbelasten, weil wir schon sehen, wie die Opposition in bedenkenloser Weise sich der Dinge bemächtigt.

Blumenfeld: Ich muß noch etwas sagen zu Herrn Lemmer. Ich kann das nicht unwidersprochen lassen. Wenn die Bundesregierung und die CDU als Gesamtpartei gegenüber der Öffentlichkeit in dieser Frage ganz klar und fest bleiben, dann habe ich keinen Zweifel daran, daß die Bundesrepublik bei den Olympischen Spielen erscheinen wird, und zwar entweder allein oder – aufgrund der Durchsetzung ihres Standpunktes – in einer gesamtdeutschen Mannschaft.

Ich muß hier fragen, ob der Herr Präsident des Internationalen Olympischen Komitees denn ein Alleinherrscher ist. Er hat einen Kanzler in Lausanne sitzen. Der Präsident klärt Dinge, die erforderlich sind; aber kann denn der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees einfach Nationalflaggen verändern in eigener Machtvollkommenheit?

Das ist eine Frage, die ich ganz naiv und unvoreingenommen stellen muß. Und hier muß ich sagen, in dem Augenblick, wo das geschehen ist, war es die Pflicht der Bundesregierung, einzugreifen und zu sagen: Hier hört der Spaß auf, nämlich damit zu versuchen, zu einer gesamtdeutschen Mannschaft bei den Olympischen Spielen zu kommen. Das ist jetzt eine innenpolitische, nationalpolitische und außenpolitische Frage geworden. Ich bin der Meinung, daß wir, wenn wir unseren Standpunkt beibehalten, auch bei den Millionen von Sportlern Anerkennung und Rückhalt finden werden.

Es ist so – das muß ich offen aussprechen –, daß die Herren Daume, Ritter von Halt und wie die Spitzenfunktionäre nun heißen mögen, zwar ehrenwerte und sehr tüchtige Herren sind, aber sie sind leider im Laufe der letzten Jahre zu einer Ichbezogenheit gekommen; sie wollen Medaillen gewinnen und Fußballsiege erringen, aber sie vergessen darüber völlig, daß sie auch noch Staatsbürger und Angehörige eines nationalen Staates sind. Wir in der Bundesrepublik haben nun die große Aufgabe, angesichts dessen, was vom Herrn Bundeskanzler ausgeführt worden ist, und angesichts der Unsicherheit und des Überdrusses, der sich bemerkbar macht, in dieser Frage fest zu bleiben, sonst geraten wir von vornherein auf eine schiefe Ebene. Mir ist es völlig gleichgültig, ob es dem Internationalen Olympischen Komitee überdrüssig erscheint, die Frage einer gesamtdeutschen Mannschaft zu diskutieren. Ich

wiederhole, wir sollten ganz klar sagen: Wenn ihr unseren Standpunkt anerkennt, dann erscheint die Bundesrepublik. Wenn ihr das nicht wollt, dann erscheint sie überhaupt nicht. Das ist ein Standpunkt, mit dem wir die nächste Wahl gewinnen können.

Adenauer: Dem ist nichts hinzuzufügen.

Fay: Diese Unterhaltung betrübt mich etwas. Ich bin der Auffassung, daß man ruhig versuchen soll, mit den Leuten vom Sport einig zu werden mit dem Ziel, daß wir unser Interesse wahren. Ich würde das Wahren der Interessen bejaht sehen, wenn wir mit der schwarzrotgoldenen Flagge ohne weiteren Zusatz bei den Olympischen Spielen erscheinen könnten. (*Zuruf:* Ohne Zusatz!) Ist das nicht möglich, dann müssen wir allerdings ganz klar der Konsequenz ins Auge sehen, daß wir dann eben nicht dabei sind. Ich bin nicht der Auffassung wie Herr Stoltenberg, daß das weitgehende innenpolitische Konsequenzen haben wird. Das scheint nur so auszusehen. Ich glaube, daß es unter den Sportlern viele vernünftige Menschen gibt, die unseren Standpunkt honorieren.

Und nun zu dem Wesentlichen, was ich sagen wollte! Das ist eigentlich der erste Testfall, wo sich einmal das zeigen kann, was wir seit Jahren gesagt haben, nämlich standhaft zu bleiben. Weichen wir hier zurück, dann weiß ich nicht, was wir an diesem Tische sagen werden, wenn einmal Kanonen und Panzer dort auffahren. Das wäre eine Entscheidung, die wir eventuell treffen müßten, die vom Volk viel größere Opfer erfordern würde als dieser Verzicht oder eine Zurückstellung von den Olympischen Spielen. Natürlich ist das nicht populär. Das ist ganz klar. Damit macht man sich zunächst keine neuen Freunde. Aber ich habe eigentlich das Zutrauen zu unserem deutschen Volk; denn es hat in drei Bundestagswahlen bewiesen, daß es unseren Standpunkt bejaht! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Adenauer: Daß ich den Herren heute nicht sage: Ihr seid Lumpen und Schufte und nicht national, ist doch wohl selbstverständlich, und daß ich versuchen werde, die Herren durch Darlegung unserer Gründe dazu zu bringen, daß sie nun zu ihrer ursprünglichen Vereinbarung zurückkehren, das ist wohl auch selbstverständlich.

Aber niemand kann mich dazu bringen, ihnen zu sagen: Geht in Gottes Namen unter der schwarzrotgoldenen Fahne mit diesen Emblemen. – Das können wir nicht machen! Das wäre ein Verlust an Ansehen im Ausland, den Sie gar nicht hoch genug einschätzen können.

Röder: Die Saar ist zweimal genannt worden. Ich lege Wert darauf, hier festzustellen, daß die Landesregierung keine andere Haltung in der Frage der Behandlung dieser Flagge einnimmt, als jede andere Landesregierung das auch tut. Wir haben bei dieser Ausstellung sofort eingegriffen. Das hat uns ein Verfahren mit dem Oberverwaltungsgericht eingebracht, das wir verloren haben.⁸⁵ Ich habe keine Möglichkeit, meinen Einfluß so geltend zu machen, wie wir es gern täten.

⁸⁵ Bei dem Eingreifen der saarländischen Landesregierung handelt es sich um die versuchte Schließung einer Kollektivausstellung der DDR auf der Saarmesse 1957. Vgl. „Saarbrücker Zeitung“ vom 27. April 1957, „Trierischer Volksfreund“ vom 29. April 1957. Die Kammer für Außenhandel der DDR erhob dagegen Klage beim Oberlandesgericht am 27. April 1957;

Wir haben zum zweiten Male eingegriffen, als wir im Landtag gebeten haben, dafür zu sorgen, daß die beiden kommunistischen Abgeordneten aus diesem Parlament verschwinden sollen.⁸⁶ Der Landtag hat einen Beschluß gefaßt. Das Verfassungsgericht an der Saar hat sich dagegen ausgesprochen, und vor einigen Tagen sind die beiden kommunistischen Abgeordneten mit großem Triumph wieder in den saarländischen Landtag eingezogen. Gestern haben sie große Debatten im Landtag geführt in Anwesenheit von Mitgliedern der Volkskammer. Auch da wird die Landesregierung in Zukunft keinen anderen Standpunkt einnehmen als den unsrigen. Ich weiß nicht, wie lange sie sich noch halten kann bei den vielen Schwierigkeiten, die im Augenblick an der Saar auf uns zukommen. Es ist durchaus möglich, daß wir von der Saar her eine sehr unangenehme Überraschung erleben werden.

Gerstenmaier: Ich gehe nicht gern auf die Barrikaden. Ich habe genug davon! Lieber Ernst Lemmer! Das will ich auch jetzt nicht tun, aber wir sollten uns nicht nachsagen lassen, daß wir schlappe Hunde sind! Wir haben doch erlebt in der Weimarer Republik, was passiert, wenn ein Staat nicht zu seiner Fahne steht. Die Fahne, die er hat, zu der muß er stehen! Mein lieber Freund Stoltenberg! Wahlüberlegungen hin, Wahlüberlegungen her, wenn wir uns schlagen müssen, dann ziehe ich vor, es unter den Bedingungen zu tun, die wir selbst haben.

Ich bin dafür, wie die Sache steht, es mit der Vereinsfahne zu versuchen. Überlegen Sie sich die Sache, wenn das ein Ausweg ist. Machen Sie sich das Geschäft nicht schwer. Überlegen Sie sich, ob Sie es nicht mit der Vereinsfahne abtun können. Wenn das aber nicht möglich ist, dann muß es radikal gemacht werden!

Adenauer: Ich kann eine ziemlich allgemeine Übereinstimmung in dieser ganzen Frage feststellen. Ich danke Ihnen sehr dafür.

LEBENSMITTELPREISE

Adenauer: Nun komme ich zur Preisfrage. Ich darf darüber kurz berichten. Das Kabinett hatte seinen Wirtschaftsausschuß beauftragt, Vorschläge zu machen für die morgige Kabinettsitzung. Der Wirtschaftsausschuß schlägt folgendes vor:

am 31. Januar 1958 wurde das Verfahren als in der Hauptsache erledigt erklärt, die Kosten dem Beklagten, d.h. dem saarländischen Innenministerium, auferlegt.

- ⁸⁶ Die kommunistischen Abgeordneten Fritz Bäsel und Erich Walch wurden am 6. Mai 1957 aus dem Landtag des Saarlandes ausgeschlossen: Landtag des Saarlandes 3. WP Drs. Abt. II Nr. 228 vom 6. Mai 1957 (Antrag auf Aufhebung der Abgeordnetenmandate); ebd. Drs. Abt. I Nr. 34 S. 938f. (Sten.Ber. der 34. Sitzung vom 6. Mai 1957). Beschluß des Verwaltungsgerichtshofes des Saarlandes vom 12. August 1959 (Aussetzung der Vollziehung des Landtagsbeschlusses) mit dem weiteren Verlauf der Angelegenheit in: Justizblatt des Saarlandes 3 (1959) S. 178–182. – Friedrich Bäsel (1907–1975), nach 1945 2. Vorsitzender der Kommunistischen Partei an der Saar, 1947–1950 und 1955–1961 MdL Saarland (bis 1957 KPD). – Erich Walch (geb. 1920), 1952–1965 MdL Saarland (bis 1957 KPD, 1960 über die Liste der Deutschen Demokratischen Union wiedergewählt).

1. Aufrechterhaltung der verstärkten Futtergetreideeinfuhr;
2. Käseeinfuhr aus Ländern außerhalb des OEEC-Raumes, aus Australien, Neuseeland, Ostindien und Finnland;
3. Druck auf die Schweinepreise;
4. – Da habe ich etwas Bedenken, wie man es machen soll; ich würde es nicht so fassen –, also: 4. Massive Aktionen gegen die Metzger; (*Heiterkeit.*)
5. Befristete Aussetzung oder Herabsetzung des Zolls für ausländisches Gemüse und Konserven; – das ist eine wichtige Sache –
6. Ausfuhrsperr für Kartoffeln;
7. Erklärung, daß keine Mindestpreise bei Geflügel und Eiern erwogen werden;
8. Festhalten an der befristeten Aussetzung des Butterzolls bei laufenden Einfuhren;
9. Stärkere Gefrierflescheinfuhren;
10. Plakatierung der Maßnahmen der Bundesregierung zur Beruhigung der Öffentlichkeit und zur Beeinflussung der seit Jahren stetig steigenden Handelsspannen.

Das ist eine sehr wichtige Frage. Jeder, der etwas die Preisbildung auf den Nahrungsmittelmärkten im weitesten Sinne des Wortes beobachtet, muß feststellen, daß die Handelsspannen ständig steigen und wachsen. Es ist z.B. so, wie gestern glaubhaft versichert worden ist, daß die Bauern von den hohen Kartoffelpreisen sozusagen nichts haben, sondern daß die Handelsspannen, die darauf liegen, den Preis so in die Höhe treiben.

Nun sage ich sicher nichts gegen die Soziale Marktwirtschaft, denn das ist verboten. Aber ich würde ganz ruhig – ich hoffe, Sie sind einverstanden, wenn Sie nicht einverstanden sind, überhören Sie es – mit der [!] Sozialen Marktwirtschaft vertreten können, wenn der Bund auf irgendeine Weise plötzlich Nahrungsmittel zu niedrigen Preisen auf den Markt wirft, damit dadurch ein allgemeiner Sturz eintritt. Das ist nach meiner Meinung durchaus korrekt und zu vertreten.

Herr Krone legt mit Recht sehr großen Wert darauf, da wir heute zusammen sind, daß von hier aus etwas dazu gesagt wird. Ich darf Ihnen einen Beschlußentwurf vorlesen. Ich habe ihn eben Herrn Krone gegeben. Ich habe ihn nicht verfaßt. Herr Krone hat den Wunsch, einige der Maßnahmen zu ergänzen:

„Der Parteivorstand der CDU ist der Auffassung, daß die in der letzten Zeit bei Lebensmitteln eingetretenen Preissteigerungen nicht allein auf die Dürre zurückgeführt werden können, die in diesem Jahr gewesen ist. Soweit durch die Dürre weniger Agrarprodukte erzeugt worden sind, muß dies durch entsprechende Einfuhren ausgeglichen werden. Der Parteivorstand der CDU richtet an die Bundesregierung die dringende Bitte, sofort die erforderlichen Maßnahmen, insbesondere die notwendigen Einfuhren, zu veranlassen, um die eingetretenen Preissteigerungen wieder rückgängig zu machen.“

Er hat den Wunsch, daß insbesondere hier davon gesprochen wird, daß die Aussetzung des Butterzolls bleibt, daß Gefrierfleisch in starkem Maße eingeführt wird, daß eine Plakatierung wegen der Handelsspannen erfolgt und daß ein Druck auf die Schweinepreise ausgeübt wird. Dabei habe ich in einer Zeitung gelesen, daß die

Agrarier wieder einen Schweineberg sehen, daß sie nicht wissen, wie sie von den Schweinen herunterkommen.

Krone: Präsident Gerstenmaier zeigt den Text der Anfrage der SPD.⁸⁷ Wir haben davon gesprochen. Es ist das, was sie in Godesberg beschlossen haben. Was kann passieren? Wir können vielleicht erreichen, die Sache hinauszuzögern, so daß es vor Weihnachten nicht mehr zu einer Aussprache kommt. Es kommt darauf an, wann diese Anfrage bei der Bundesregierung einläuft. Das ist eine Sache der Post. Dann kommen wir mit dem Termin vielleicht hin. Es ist ein Termin von 14 Tagen, innerhalb dessen die Bundesregierung die Anfrage beantworten muß. Wenn die Opposition es verlangt, kann sie durch einen Antrag zur Geschäftsordnung beantragen, das Thema zu behandeln. Dann kann sie mit zehn Abgeordneten Klamauk machen. Ich bin davon überzeugt, daß sie das noch kurz vor Weihnachten tun möchte.

Wir sollten heute als Parteivorstand eine Formulierung herausgeben, aus der klar ersichtlich ist, daß wir zu dem, was heute draußen passiert, nicht ja sagen können. Das muß sehr deutlich sein. Es darf nicht mehr vor Weihnachten zu einer Verhandlung kommen. Wir sollten sagen: Das und das macht die Bundesregierung. – Ich bin kein Fachmann auf diesem Gebiet, um es zu bewerten.

Johnen: Ich würde umgekehrt verfahren. Der Bundesvorstand sollte sich um die Einzelheiten nicht kümmern, wenn er das ganze Problem nicht löst. Der Bundesvorstand sollte vielmehr die Bitte an die Bundesregierung richten, entsprechend vorzugehen. Wenn ich recht verstanden habe, soll die Sache in der nächsten Kabinettsitzung behandelt werden. (*Adenauer:* Morgen!) Im Anschluß an die Sitzung sollte dann morgen das Bundeskabinett die Einzelheiten bringen. (*Krone:* Es muß etwas von den Mißständen gesagt werden!)

Albers: Wenn jetzt die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen wären, dann würden unsere Hausfrauen, die über die Preise sehr erbittert sind, uns wahrscheinlich die Quittung dafür geben. Ich begrüße es deshalb sehr, Herr Bundeskanzler, daß Sie auf diesem Gebiet die Initiative ergriffen haben. Dem Vorschlag von Johnen schließe ich mich an. Ich bitte, auch an Gemüse und Konserven zu denken. Wir haben diesen Appell auch an die Verbraucher zu richten. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir müssen die Verbraucher daran erinnern, daß auch sie eine Verpflichtung haben. Wir müssen an die großen Verbraucherorganisationen appellieren, daß sie sich ihrer Pflicht gegenüber ihren Mitgliedern wieder mehr bewußt werden.

Zimmer: Ich wollte das unterstreichen. Ich habe über diese Frage mit verschiedenen Firmen in der letzten Zeit gesprochen, und zwar mit Landprodukthändlern und mit Metzgern. Die Landprodukthersteller sagen, bei den Kartoffelpreisen von DM 10,-, 11,-, 12,- und 13,50 sind wir auf den billigsten Kartoffeln, obwohl sie gut waren, sitzengeblieben. Alle Käufer haben nur die teuersten zu DM 13,50 einkaufen wollen. Wir haben nachher die Kartoffeln zu DM 10,- an die Großbetriebe abgeben

87 BT-Drs. 1414 vom 23. November 1959. Vgl. Anm. 1.

müssen. Die Metzger sagen, was sollen wir machen, die Leute wollen nur noch Filets haben, um Gulasch zu machen. (*Adenauer*: Das ist ja gar nicht wahr! Das ist doch maßlos übertrieben von den Metzgern!) Ich bitte Sie, seien wir vorsichtig, bevor wir von uns aus diese Vorwürfe gegen bestimmte Berufsgruppen erheben. Ich warne davor, denn sonst werden die uns nachher die Quittung geben.

Adenauer: Nach meiner Kenntnis der Dinge kriegen Sie nirgendwo so schlechtes Fleisch wie in Deutschland. Und warum? Weil die Metzger das Fleisch nicht abhängen. In einer Woche verliert das Fleisch elf bis zwanzig Prozent an Gewicht. In anderen Ländern tut man das. Unsere Metzger tun es nicht. Sie verkaufen das Fleisch meistens zu immensen Preisen. Sie haben alle große Autos! Gehen Sie nur mal in mein Dorf, dann sehen Sie, was los ist! Und das gilt wohl überall. Wir haben alle den falschen Beruf ergriffen! Es ist nicht so, daß wir alle Metzger werden sollen, aber es gibt lukrativere Berufe als den, den wir haben. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Blumenfeld: Ich bin in völliger Übereinstimmung mit Ihnen. Ich bitte darum, daß der Bundesvorstand nur das Gesamte in die Schau nimmt und an die Öffentlichkeit tritt. Wenn wir in die Einzelheiten hineinsteigen, müßten wir eine erhebliche Kritik an der ganzen Einfuhr- und Vorratsstellenpolitik treiben. Dann könnten wir nicht mehr aufhören.

Die Dinge sind aber in ihrer Dramatik im Abklingen. In Hamburg waren die höchsten Butterpreise. Aber das ist in den letzten Wochen übergekippt. (*Zuruf*: Was heißt das?) In den anderen Großstädten, wo infolge der Preissteigerungen geradezu hysterisch gekauft wurde, ist das schon im Abklingen. Trotzdem sind die Maßnahmen notwendig. Ich habe mich mit den Verbraucherorganisationen unterhalten und weiß, wie die Dinge liegen. Ich kann im Grundsatz das unterstreichen, was Herr Albers gesagt hat. Wir müssen einen Appell in unserem Beschluß an die Verbraucherorganisationen richten.

Adenauer: Ich darf feststellen, daß Sie der Meinung sind – ich nehme an, Herr Krone schließt sich an –, daß wir den Beschluß allgemein halten, und die Einzelheiten folgen dann morgen nach der Kabinettsitzung.

Über die außenpolitische Situation habe ich eben nur zurückhaltend gesprochen. Ich bin noch erheblich pessimistischer, als ich es eben gesagt habe. Wir kommen infolge der amerikanischen Wahlen in eine Flaute hinein, die dem massiven Druck, wie er von Sowjetrußland überall ausgeübt wird, neue Möglichkeiten bietet. Daher müssen wir eine stabile und ruhige Außenpolitik treiben. Ich bin froh, daß die Gespräche mit Macmillan diesen Ausgang genommen haben. Ich denke auch, daß die Gespräche, die ich am Dienstag und Mittwoch mit de Gaulle haben werde, auch einen guten Ausgang nehmen.

Sonst gibt es eigentlich nur innenpolitisch noch einen kleinen Scherz. Ich habe hier die „Bonner Rundschau“ von heute.⁸⁸ Dort steht in einer Meldung dicht nebeneinander, und das ist das Nette daran:

⁸⁸ „Bonner Rundschau“ vom 25. November 1959.

„Nellen: Gefahren für freie Meinungsäußerung

Frankfurt, 24. Nov.

Die stabilisierte politische Mehrheit gefährde die freie Meinungsäußerung in der Bundesrepublik, sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Nellen am Dienstag in der Evangelischen Akademie Arnoldsheim/Taunus.“

Sie sehen, was der arme Nellen für Sorgen hat. (*Dufhues*: Er kommt aus Münster! – *Blank*: Genau wie alle Wiedertäufer! – *Heiterkeit und Unruhe*.) Es ist so, daß die Sozialdemokraten – damit Sie sehen, was freie Meinungsäußerung ist bei den Sozialdemokraten – dem Herrn Luchsinger⁸⁹, dem Korrespondenten der „Neuen Zürcher Zeitung“, der uns auch manchmal kritisiert, erklärt haben, daß sie mit ihm überhaupt nichts mehr zu schaffen haben wollen und daß er weder Informationen noch sonst etwas von ihnen bekomme.

Das ist also der Herr Nellen, und das ist die SPD! Und weil das so schön nebeneinander steht, hat es mir so gut gefallen.

Zu der Rundfunkfrage noch ein Wort! Ich denke, wir wollen hier in der vorgerückten Stunde nicht zu einer ernsten Auseinandersetzung kommen. Der Herr Kollege Röder hat mich gebeten, einen Termin mit ihm zu vereinbaren, an dem wir gemeinsam mit einigen der CDU angehörenden Ministerpräsidenten den ganzen Fragenkomplex noch einmal in Ruhe durchsprechen wollen. Herr Globke hat es übernommen, heute mit Ihnen einen Termin zu vereinbaren. Ich hoffe, daß das geschehen ist. (*Röder*: Wir werden noch darüber sprechen!) Ich würde vorschlagen, daß wir die Debatte über die ganzen Rundfunkfragen in der nächsten Sitzung vornehmen, wenn dieses Gespräch stattgefunden hat. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung*.)

Dann darf ich das feststellen. Ich bitte Sie nunmehr, zum Büfett zu gehen. Dort sind die Lebensmittelpreise noch nicht bestimmt! (*Heiterkeit*.)

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

⁸⁹ Dr. Fred Luchsinger (geb. 1921), 1949–1954 Nachrichtenredakteur der NZZ, für diese 1955–1963 Bonner Korrespondent, 1963–1967 Auslandskorrespondent, 1967–1984 Chefredakteur. Nachlese der Bonner Korrespondententätigkeit: Bericht über Bonn. Deutsche Politik 1955–1965. Zürich 1966.